

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 30 S.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 16. Oktober 1897.

Inserate die dreispaltige Fettschleife oder deren Raum 30 S.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. — Von der schweizerischen Maschinenindustrie. (Schluß). — Wieder ein Schritt rückwärts! — Feuilleton: Der Wärmemotor der Zukunft. — Kapitalistische Moral. — Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer. — Zum Formerausstand in Berlin. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Eingekandt aus Frankfurt a. M. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **Reitbus, Vetschen, Reula, Lauchhammer, Berlin** (sämtliche Betriebe) St.; von Feilenhauern nach **Chemnitz** (Jomm), nach **Stuttgart** (Stuttgarter Feilenfabrik Behle & Co.); von Schleifern nach **Bielefeld** (Wär & Kempel); Fahr radbranche nach **Hannheim** (Weg's Fahrradwerke), **Ben-Byssin** (Germes) und **Stettin** (Bernh. Stöwer u. S.); von Kleinpaaren nach **Wormelskirchgen** St.; von Drechern, Schlossern, Formern, Gießern, Klempnern, Schleifern und Tischlern nach **Reich** & Dresden; von Mechanikern usw. nach **Hannover** (Berliner); von Traktorgelarbeitern nach **Schweinfurt** (H. G. v. m. Friedr. Höpfer und Rantgen & Co. H. G.); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Torgelow** i. Pommer., nach **Wilmshut** in Schweden (mech. Fabrik von Rodman) St., **England** St. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; v. Zahnbeziehung: A.: Auslieferung; D.: Differenzen.)

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.

Den mächtigen und einflussreichen deutschen Fabrikbesitzern ist bekanntlich das durch die Gewerbeordnung den Arbeitern gewährte Koalitionsrecht aufs Tiefste verhaßt — freilich auch jedes andere Recht! Die gleichgesinnten Krautjunker, die übrigens vielfach mit den Schlotjunktoren identisch sind, haben es bis jetzt sogar zu verhindern gewußt, daß ihren Arbeitern, den gedrückten und mißhandelten Landarbeitern, überhaupt ein gesetzliches Recht zu gewerkschaftlicher Organisation und zu Streiks gewährt werde: sie sind in beiden Richtungen noch so rechtlos, sie sind heute noch so sehr der nahten und brutalen Willkür der Einzelbesitzer preisgegeben, wie es ehemals die Leibeigenen waren. Die sogenante Gewerbeordnung, eine tiefe Schmach für das deutsche Volk, deren Erwähnung auf dem internationalen Arbeiterschutungskongreß in Zürich mit lebhaftem „Wuff!“ begleitet wurde, ist ein vom stitlichen und religiösen Standpunkte aus, auf dem ja sonst alle Ordnungsmenschen stehen, höchst verwerfliches soziales Ausnahmengesetz, das auf den christlichen Staat der blutigste Sporn ist. Aber gegen seine Aufhebung opponieren die bürgerlichen Nationalliberalen ebenso energig, wie die junkerlichen Konservativen. Und beinahe ebenso einig, als die Kaiser- und Krautjunker in der Aufrechterhaltung der Gewerbeordnung, sind sie in ihrer Feindschaft gegen das Koalitionsrecht und in dem Bestreben, dasselbe ganz aufzuheben oder es durch Zusätze zu einem Meißer zu machen, dem das Heft und die Klinge fehlt.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter stammt aus dem Jahre 1867, wo es vom norddeutschen Reichstage in die neue Gewerbeordnung aufgenommen wurde, die dann auf das deutsche Reich überging. Damals waren alle Parteien darüber einig, daß das Koalitionsrecht der Arbeitern nicht vorenthalten werden könne, da es der für die Arbeiter allein wertvolle Theil des Vereinsrechtes sei. Und als 1890 die Regierung in die Arbeiterschutzesgesetzverträge in Gestalt der Verschärfung des § 153 den Arbeitererwerb aufnehmen wollte, erklärte sie aber trotzdem in den Motiven, daß die verbündeten Regierungen dem Koalitionsrechte der Arbeiter in keiner Weise zu nahe treten wollen. Sie erkennen dieses gesetzliche Recht nicht nur an, sondern sind auch überzeugt, daß dasselbe nach Lage der Verhältnisse im Interesse der Arbeiter nicht entzogen werden kann.“ Und ferner wird in der Begründung jener Gewerbeordnung

auch der entscheidende Grund für die Nothwendigkeit des Koalitionsrechtes festgesetzt. Die Vertragsfreiheit des isolierten Arbeiters, welche das geltende Recht voraussetzt und gewährleistet, ist gegenüber den wirklichen, den Arbeitsmarkt beherrschenden Machtverhältnissen eine Fiktion. Der Arbeiter ist zwar rechtlich ebenso frei wie der Arbeitgeber, aber auch „frei“ von allen Mitteln, seine Arbeitskraft selbst zu verwerthen. Er ist gegenüber mächtigen Kontrahenten in hilfloser Lage. „Der einzelne Arbeiter, welcher Beschäftigung sucht“, sagen die erwähnten Gesetzesmotive selbst, „hat in der Regel keine Wahl, ob er sich den in der Arbeitsordnung vom Arbeitgeber festgesetzten Bedingungen unterwerfen will oder nicht, so daß ihm also beim Vertragschluß jede Einwirkung auf die einzelnen Bedingungen des Arbeitsvertrages entzogen ist.“ Die unmittelbare Folge hiervon ist, daß es, „wo die Arbeiter vereinzelt auftreten, der Arbeitskäufer ist, der das Maß der Löhne bestimmt, in dem die Arbeiter zu bestehen lernen . . . , daß sie selbst einflußlos sind auf dieses Maß, in Gegenwart sowohl als in Zukunft, und daß nur Elend und Tod den niedrigsten Antheil bestimmen, den sie an der Zivilisation und ihrem Fortschritt erlangen.“ (Vorentwurf.)

Zu dem, was die verbündeten Regierungen in den Motiven zur Gewerbeordnung über die soziale Lage der Arbeiter und über die Nothwendigkeit des Koalitionsrechtes sagten, paßte es natürlich wie die Faust aufs Auge, daß keine Ausübung mit harten Strafen belegt und das ganze Koalitionsrecht illusorisch gemacht werden sollte. Die vorgeschlagene Verschärfung wurde damals abgelehnt, allein die großindustriellen Zentralmächte A. L. Stumm und andere widerwärtige häßliche Einverleumdungen sind seitdem nicht müde geworden, immer und immer wieder scharfe und schwere Strafen gegen die Arbeiter wegen Ausübung ihres gesetzlichen Koalitionsrechtes zu fordern.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter stand diesmal auch auf der Tagesordnung der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die vom 23. bis 25. September in Köln stattfand. Der Referent hierüber war Professor Dr. Löning aus Halle. Er hatte sein Referat bereits vor der Kritik zugänglich gemacht. Und sie legte denn auch mit voller Verantwortung und mit aller Zäufte ein. Zunächst machte sich darüber die sozialdemokratische Presse her, dann aber auch die radikale bürgerliche Presse. In der „Zit. Ztg.“ schloß das Klavier der bekannte hiesiger Rechtsanwalt Dr. Löwenfeld, der diese Verschärfung aus 1890 an der vorgeschlagenen Verschärfung seitens der verbündeten Regierungen besorgt hatte. Die Diktatoren des Löning'schen Referates ist, daß er für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintritt, gleichzeitig aber scharfe Strafbestimmungen gegen den von Arbeitern auf Nebenarbeiter ausgeübten Zwang zum Beitritt zur Koalition fordert. Er sagt: „Indem der Staat die Koalitionsfreiheit gewährt, ist er auch verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß nicht von einem Theil der Arbeiter gegen den anderen ein Koalitionszwang ausgeübt werde. Die Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere auch die Erfahrungen, die der große Ausstand der Hamburger Eisenarbeiter 1896—1897 gebracht, rechtfertigen die Frage, ob die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und der Gewerbeordnung § 153 zum Schutze der persönlichen Freiheit der Arbeiter gegen solchen Koalitionszwang ausreichen.“ Nach den Erfahrungen, die in Deutschland gemacht sind, zeichnen die Strafbestimmungen des deutschen Gesetzes nicht aus, um die persönliche Freiheit der Arbeiter gegen Angriffe, die von den Arbeitern selbst ausgehen, zu schützen.“

Also ganz in Uebereinstimmung mit Stumm und Konforten und mit dem bekannten, in Bielefeld aufgestellten kaiserlichen Programm, fordert Herr Löning mehr Unterdrückung und Verfolgung, vermehrte und scharfe Strafen gegen die Arbeiter. Dr. Löwenfeld weist dem Professor rückwärtslos seine Einseitigkeit und Parteilichkeit nach. Während er so ängstlich darüber wachen will, daß kein Arbeiter durch etwas stärkere Beeinträchtigung veranlaßt — „gezwungen“ — werde, der Koalition beizutreten, berührt er gar nicht den Terrorismus der Unternehmer gegen ihre eigenen Genossen und namentlich nicht gegen die Arbeiter. Nun ist das, was Löning bestrafen will, sowieso schon in der Gewerbeordnung mit Strafe bedroht und zwar mit Gefängniß bis zu drei Monaten: aber die Veranlassung eines Arbeiters, der Koalition beizutreten, ist in den Augen des hallerischen Professors ein so raffiniertes und schändliches Verbrechen, daß man sich nur wundern muß, daß er zur Abmilderung desselben nicht die Todesstrafe fordert. Indessen verlangt er eine über drei Monate hinausgehende Strafe für das ihm so verhasste Verbrechen!

Unter Hinweis auf die bereits vorhandene Strafandrohung mit drei Monaten konstatirt Dr. Löwenfeld, „daß die „Freiheit“, sich nicht zu koaliren, gleichrechtlich und strafrechtlich bereits geschützt sei.“ „Dagegen sind dieselben Handlungen“, führt er sodann sehr zutreffend weiter aus, „welche die Gewerbeordnung mit Strafe bedroht, falls sie den Zweck der Beförderung oder Sicherung einer Koalition verfolgen, im entgegengekehrten Falle straflos: nämlich dann, wenn sie die Verhinderung des Zustandekommens einer Koalition oder die Vernichtung einer bereits bestehenden Koalition bezwecken. Die Arbeiterkoalitionen erregen sich bekanntlich nicht der allseitigen Sympathien der Unternehmer; da aber die zwangswelche Verhinderung der Ausübung des Koalitionsrechtes, sofern nicht ein nach dem gemeinen Strafrecht verfolgbares Verbrechen zu diesem Zwecke begangen wird, völlig straflos ist, so konnte bisher von Seite verschiedener Unternehmerverbände ein offener Krieg mit Gewaltthaten gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in Szene gesetzt werden. Denn das Gesetz hat keine Handhabe gegen solche Verhinderung seiner Normen. . . Es sei nur darauf hingewiesen, daß man vielfach die Arbeiter direkt durch skurrile Vertragsbestimmungen genöthigt hat, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten und sich zum Austritt aus ihrem Fachverein zu verpflichten.“

Das ist in der That eine merkwürdige Koalitionsfreiheit, sagt Dr. Löwenfeld: Widerrechtliche Gewaltthaten, welche verübt werden zum Zweck der Verhinderung und Verhinderung von Arbeiterkoalitionen sind straflos; dieselben Handlungen werden dagegen streng bestraft, wenn sie die Schaffung, Förderung oder Sicherung von Koalitionen bezwecken: bestraft, weil auf die Arbeiter kein Zwang geübt werden dürfte. „Man sieht, die Koalitionsfreiheit ist ein „natürliches“ Recht nach Art der „natürlichen Kinder.“ Man sollte glauben, daß es die Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik sei, ein im öffentlichen Interesse als „unethisch“ erklärtes Recht, das sich in so unvollkommenen und rudimentären Zustände befindet, so weit als möglich fortzuentwickeln, daß es Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik sei, einem solchen Rechte seinen wirksamen Schutz zu verleihen, dessen es zur Erfüllung seiner Aufgabe bedarf.“ Löning sieht nur den Salken im Auge des Arbeiters, aber den Salken im Auge des Unternehmers sieht er nicht. Dieser Vorwurf, den Löwenfeld dem Professor aus Halle macht, ist vollumfänglich berechtigt.

Löning beantwortet auch die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechtes durch die Teilnahme von Frauen und Minderjährigen an politischen Versammlungen, dagegen be-

zeichnet er das Verbot des Inverbindungtretens politischer Vereine als eine Thorheit und bekämpft er die polizeilichen Befugnisse zur Ueberwachung von Versammlungen; ebenso verurtheilte er die Bemühungen der preussischen Regierung und ihre Vorlage betreffend die Verschlechterung des Vereinsgesetzes. Die Ueberwindung der „Gefahren der Sozialdemokratie“ ist nach seiner Ueberzeugung nur mit Gerechtigkeit zu erreichen, etwas, das wir gerade fordern.

Ueber das Referat Löning's auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik gab es eine lebhafteste Diskussion, an der sich Professor Hertner-Karlsruhe, Buchdrucker Döblich-Berlin, Generaldirektor Hegner (Geistesverwandter Stumm's), Dr. Max Pirsch, der frühere Unterstaatssekretär Kottenburg, der jetzt in Bonn ist, Professor Neumann-Lübingen, Sombart-Magdeburg, Dr. Jastrow-Berlin, Professor Lönnies-Hamburg, Professor Wagner-Berlin, Abgeordneter Köstke, Professor Gierke-Berlin und Professor Daubde-München, Professor Oldenberg-Berlin, Generalsekretär Ditzes-Köln (Stummling) und Professor Hasbach-Königsberg beteiligten. Die große Mehrheit der Redner erklärte sich für Ausbau der Koalitionsfreiheit und gegen Verschlechterungen, wie sie der Referent forderte. Natürlich unterstützten die geforderte Verschlechterung die Stummlinge mit ihrer ganzen Brutalität, deren diese Geldjäger und Handlanger fähig sind, wofür sie namentlich von n. Kottenburg gründlich heimgeleitet wurden. Sehr gut sprachen außer Kottenburg und Hertner noch Döblich, Jastrow, Lönnies und andere. Hertner schloß sein Referat (Korreferat) mit einigen bemerkenswerthen Sätzen. „Die Arbeiterklasse ringt nach höherer Lebenshaltung“, sagte er, „und ihr in diesem Kampfe entgegenzutreten, das könnte zu Zeiten deutscher Schmach führen, wie sie den Bauernkriegen gefolgt sind. Der ganze gesellschaftliche Organismus würde schwerstem Siechtum verfallen. Wenn ich die heutige Beschränkung der Koalitionsfreiheit prüfe in ihrer Wirkung auf den Rechtsgedanken oder in ihrer Wirkung auf den Rechtsinn unseres guten Volkes, in ihrer Wirkung auf die Sozialdemokratie oder auf unsere nationale Größe und Zukunft — ich kann zu keinem andern Ergebnis kommen, als zu einer entschiedenen Verurteilung.“ Diese kräftigen Mannesworte ernteten für mich den Beifall.

Wäre über die Postulate des Referenten Löning abgestimmt worden, sie würden nur wenige Stimmen erhalten und mit großer Mehrheit abgelehnt worden sein, allein der Verein für Sozialpolitik faßt in solchen Fragen keine Beschlüsse. Dennoch ist unverkennbar, daß die geborenen und berufsmäßigen Arbeiterfeinde und kapitalistischen Hezer durch die Stellungnahme eines deutschen Professors zu Gunsten ihrer Forderungen trotz des Verlaufes der Debatten in der Generalversammlung viel gewonnen haben und nicht ermangeln werden, baldigst im Reichstage einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu wagen. Ob es

Der Wärmemotor der Zukunft.

Von Prof. M. Seiling (München).

Auf der diesjährigen, in Kassel abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure wurden die Teilnehmer mit einer Erwähnung beehrt gemacht, die für die weitere Entwicklung der Maschinentechnik von noch nicht abzusehender Bedeutung werden dürfte. Ingenieur Rudolf Diesel aus München sprach in einem glänzenden Vortrage über den von ihm erdachten und konstruierten Wärmemotor, nachdem dessen Leistungsfähigkeit im Verlaufe des vergangenen Frühjahrs sowohl von Vertretern der Wissenschaft als von Männern der Praxis einer strengen Prüfung unterzogen worden war.

Um das Wesen und die Wichtigkeit der neuen Maschine in das rechte Licht zu setzen, muß ich etwas weiter ansholen und zunächst an den bis zur Stunde bei Weitem am weitesten angewandten Wärmemotor anknüpfen, an die Dampfmaschine. Bei dieser, im ganzen Eisenbahn- und Schiffsverkehr, sowie in der Großindustrie so gut wie allein herrschenden Kraftmaschine ist die Frage nach der Ökonomie ihrer Arbeitsweise offenbar von der allergrößten Bedeutung; denn der Betrieb der Dampfmaschine ist die Hauptursache, daß beispielsweise die englischen Kohlenbergwerke nach spätestens 100 Jahren erschöpft sein würden, falls es nicht gelänge, die in den Kohlen angelegte Wärme viel besser auszunützen, als dies bisher der Fall war. Wir sehen nämlich trotz der bemerkenswerten Fortschritte der Technik unseres Jahrhunderts vor dem betrübenden Resultat, daß in der Dampfmaschine nur 4-13 Prozent vom Heizwert des Brennmaterials nutzbar gemacht werden

in diesem Reichstage noch gewagt wird, darf aus maßhaltigen Gründen bezweifelt werden, da bekanntlich im nächsten Jahre der Reichstag neu gewählt wird. Weist derselbe eine der heutigen ähnliche oder gleiche Zusammensetzung auf, so werden die Stummlinge ohne Bezug mit ihrem reaktionären Angriff kommen und im Reichstage zu erlangen suchen, was ihnen im preussischen Landtage mißglückte. Um den Selbstschuß aber auch im Reichstage eine glänzende Niederlage zu sichern, müssen die Arbeiter überall nur Sozialdemokraten ihre Stimme geben.

Von der schweizerischen Maschinenindustrie.
(Schluß.)

Im ersten Artikel gibt die angeführte Auslassung eines Fabrikanten über die Mittel, die Arbeiter mehr heranzuziehen, die aufrichtige Erklärung für die öfters anzutreffende Verschiedenheit der Arbeitslöhne im Winter und Sommer. Die lebhafteste Bauthätigkeit nahm den Maschinenfabriken die Handlanger z. weg, offenbar aus zwei Gründen. Einmal arbeiten diese lieber im Freien, also auf Bauten als in Fabriken mit ihrer zucht hausmäßig strengen Aufsicht und sodann werden, was jener Unternehmer mit seinen Ausführungen selbst zugibt, außerhalb der Fabriken an Handlanger höhere Löhne bezahlt als in den Fabriken. Damit ist zugegeben und anerkannt, daß die Löhne, welche die Fabriken an ungelernete Arbeiter zahlen, niedriger sind als in der Bauindustrie und daß sie ferner nicht genügend zum Leben sind. Aber der Unternehmer kommt nicht zu dem sich aufdrängenden Schlusse, diese ungenügenden Arbeitslöhne einfach durchwegs zu erhöhen, sondern es soll ihnen nur für den Sommer etwas zugelegt werden, das man mit dem Beginn des Winters und der Steigerung des Angebots der Arbeitskräfte sofort wieder abzieht. Ein menschenfreundlicher Mann das und ein würdiger Mitbewerber, der wohl auch jedesmal klatscht, wenn ein Schützen- oder anderer Festredner mit Begeisterung sagt: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern!

Und nun noch die Italiener. Dieselben halten in den letzten Jahren immer mehr ihren Einzug in die Industrie. Während sie früher nur mit Erdbarbeiten bei Straßen- und Eisenbahnbauten, bei Flußkorrekturen, als Handlanger bei Bauten z. beschäftigt wurden, findet man sie nun in der Metall- und Maschinen-, Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie z. In den Züricher und Winterthurer Maschinenfabriken sind heute vielleicht schon mehrere Hundert italienische Arbeiter beschäftigt, zunächst als ungelernete, vielleicht dann aber bald auch als angelernte Arbeiter. Mit Hilfe der bedürftigsten und unmorganisierten Italiener läßt sich dann vielleicht das Ideal der niedrigen Arbeitslöhne auch für die gelerneten Arbeiter verwirklichen.

Ein sehr gefühlvoller Arbeiterfreund ist der Kapitalist, der folgende Stilllegung bezwochen hat: „Unser schweizerisches Gastpflichtgesetz in seiner jetzigen Fassung ist und bleibt ein Sorgenkind für die Arbeit-

und zugleich vor der noch trostloseren Erkenntnis, daß die Dampfmaschine kaum mehr verbesserungsfähig ist. Die große Verschiedenheit in der Ausnützung des Brennmaterials hängt mit der Größe der Maschinen und der Art ihrer Ausführung zusammen. Am besten arbeiten die ganz großen, auf Schiffen nunmehr die Regel bildenden Dreifachexpansionsmaschinen und andererseits die Schmidt'schen Heißdampfmaschinen. Der dem Laien ganz unverständlich erscheinende kleine Nebeneffekt der Dampfmaschine rührt nun hauptsächlich daher, daß wir in dieser Maschine von den hohen, bis auf 1500 Grad C. steigenden Verbrennungstemperaturen des Brennmaterials keinen Gebrauch machen, sondern das Feuer nur zur Erzeugung von Dampf benutzen, dessen Temperatur im äußersten Falle 200 Grad oder 350 Grad beträgt, je nachdem der Dampf gesättigt oder überhitzt ist. Höhere Dampftemperaturen und dadurch bedingte Drucksteigerungen sind aber aus verschiedenen praktischen Rücksichten nicht anwendbar. Unter diesen Umständen muß das Prinzip der Dampfmaschine geradezu als ein verfluchtes bezeichnet werden, wie denn auch Kottenbacher, der Schöpfer der theoretischen Maschinenlehre, sich schon im Jahre 1859 dahin äußerte, daß die Dampfmaschinen verschwinden werden, wenn man nur erst über das Wesen und die Wirkungen der Wärme in's Klare gekommen sei. Dies ist aber heutigen Tages Dank der Ausbildung der vom deutschen Arzte Robert Mayer begründeten mechanischen Wärmetheorie (Thermodynamik) der Fall. Dieser fruchtbringende Zweig der Physik hat es uns eben ermöglicht, die Arbeitsweise der Dampfmaschine vollständig zu übersehen und die betriebsbedingten Verhältnisse zahlenmäßig genau festzustellen.

geber. Die unmoralische Ausbeutung der Unfallversicherung durch die Arbeiterschaft nimmt von Jahr zu Jahr immer mehr zu und an gesetzlichen Mitteln, diesem Treiben Einhalt zu thun, fehlt es gänzlich. Die Folge davon ist, daß die alljährlich zu zahlenden Versicherungsprämien nachgerade auf Summen anwachsen, die das ganze Jahresergebnis in empfindlichster Weise beeinträchtigen. Aufwiegungen, Verhegungen der Arbeiter durch die Einmischungen ihrer sozialistischen Führer, Verleumdungen der Arbeitgeber in den Arbeiterblättern sind an der Tagesordnung und zerstören systematisch das freundschaftliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie es ehemals zur inneren Befriedigung der ersteren und zum Vortheile der letzteren und im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens beider Theile bestand!

Diese Begeisterung der Arbeiter und ihrer sozialistischen Führer durch die geschwollene Gistkröte von einem Fabrikanten, möglicher Weise aber auch von dem Angestellten einer Aktiengesellschaft, zögert den deutschen Metallarbeitern die vornehme Gesinnung schweizerischer Ausbeuter. Sie ist um so vornehmer, als die ganze Wuth des kapitalistischen Bullenbeißers nur daher rührt, daß die verunglückten Arbeiter ihre von dem Gastpflichtgesetz gewährten Rechte auch hochhalten und darin allerdings von den sozialdemokratischen Führern — zu ihrer Ehre! — unterstützt werden. Unser Bullenbeißer ist offenbar Aktionär, vielleicht Verwaltungsrath einer Unfallversicherungsgesellschaft und es werden ihm daher die Dividenden und Lantemen etwas verkürzt, wenn der verkrüppelte unglückliche Arbeiter oder im Todesfall seine bedauernswerten armen Hinterlassenen auf ihrem gesetzlichen Rechte bestehen und sich nicht von gewissenlosen Beamten der Versicherungsgesellschaften um ihre gesetzlichen Ansprüche durch einige 100 Franken Abfindung betrügen lassen. Auf der anderen Seite müssen natürlich einen Ausbeuter mit solcher Gesinnung die kleinsten Beträge reuen, die als Versicherungsprämie zu zahlen sind, woran übrigens auch die Arbeiter selbst zahlen müssen. Gewiß, um die Versicherungsbeiträge werden die Geschäftsgewinne verringert, während man noch vor 20 Jahren die in den Betrieben verunglückten Arbeiter als Krüppel auf die Straße werfen und den Armenbehörden überlassen konnte. Diese ehemaligen scheußlichen Zustände der kapitalistischen Flegeljahre sind das famose „ehedem“, nach dem sich unser Ausbeutungs-wüthiger und gewinnhungriger Sozialistenfresser zurücklehnt. Da versteht man auch, was er unter „freundschaftlichem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ meint. Ein solcher Kerl darf uns Sozialdemokraten schon verlästern und begeißeln, man merkt dabei die Absicht und wird — nicht verstimmt.

Französisch-schweizerische Unternehmer gießen ihre Horneschkale über die gewerblichen Schiedsgerichte aus, da sie dazu angethan zu sein scheinen, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Die anderen bisher bekannten Wärmemotoren zerfallen in Heißluftmaschinen und Explosionsmotoren. Während erstere, an die man seinerzeit große Erwartungen knüpfte, ihre Rolle so ziemlich ausgespielt haben, werden in den Explosionsmotoren, namentlich im Gasmotor, bis zu 19 Prozent der im Brennmaterial aufgespeicherten Wärme in Arbeit umgesetzt. Wenn es dem Gasmotor trotzdem nicht leicht wird, mit der Dampfmaschine zu konkurriren, so beruht dies vor Allem darauf, daß sich die Wärmeeinheit in der Steinohle billiger stellt als im Leuchtgas. Die bessere Ausnützung der Wärme im Gasmotor rührt nun aber daher, daß der Verbrennungsprozeß im Arbeitszylinder selbst vor sich geht, so daß mit viel höheren Temperaturen gearbeitet wird, als dies bei der Dampfmaschine der Fall ist. Die Verbrennung ist hierbei die Folge der Explosion des aus 6 Volumtheilen Luft und aus 1 Volumtheil Leuchtgas bestehenden Gemenges, das in einem bestimmten Momente — wenn der Kolben in der Nähe des Zylinderendes steht — entzündet wird. Der Petroleummotor unterscheidet sich vom Gasmotor prinzipiell lediglich dadurch, daß beim explosiven Vergehen an Stelle des Leuchtgases Petroleumdämpfe verwendet werden, so daß die Maschine von einer Gasleitung unabhängig ist und in Folge dessen überall aufgestellt werden kann.

Su Betracht des Umstandes, daß auch die Explosionsmotoren hinsichtlich der ökonomischen Verwerthung des Brennmaterials fast keiner Verbesserung mehr fähig sind, hat die vom Ingenieur Diesel vor vier Jahren veröffentlichte Schrift: „Theorie und Konstruktion eines rationellen Wärmemotors“ zum Ersatz der Dampfmaschinen und der heute bekannten Ver-

geradezu zu trüben, indem sie mit ihren Urtheilen hauptsächlich die arbeitsscheuen Elemente unter den Arbeitern ermuntern und fördern. — Welche wunderbare kapitalistische Logik! Wenn der Arbeiter zum Gewerbegericht geht, ist das „gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ bereits getrübt und kann durch das Gericht nicht mehr getrübt werden. Sodann können durch die gewerbegerichtlichen Urtheile die arbeitsscheuen Elemente unter den Arbeitern auch nicht ermuntert und gefördert werden, weil arbeitsscheue Elemente doch nicht arbeiten, also auch unter den thätigen Arbeitern nicht sein können und weil sonach ferner arbeitsscheue Elemente bei keinem Unternehmer in Arbeit stehen und ihn daher auch nicht vor das Gewerbegericht zitiren können. Wie blind doch der Haß macht! Aber freilich, eine schlechte Sache kann weder mit guten noch mit logischen Gründen verfochten werden. Denn weil die gewerblichen Schiedsgerichte gut funktionieren und die Willkür und Ungerechtigkeit der Unternehmer verumtögligen resp. korrigiren, darum werden sie angefeindet.

Der Jahresbericht des Vereins der schweizerischen Maschinenindustriellen behandelt auch das interessante Kapitel: „Verhalten der Vereinsmitglieder im Streikfalle.“ Es wird darüber gesagt: „Das Berichtsjahr ist hinsichtlich der Beziehungen zu der Arbeiterschaft im Ganzen ein ruhiges gewesen. Immerhin nahm der Vorstand von einzelnen in Sicht gewesen und einem eingetretenen lokalen Arbeiterausstand Veranlassung, die Frage zu prüfen, wie sich die Mitglieder bei Arbeitsausständen in den Werken einer Mitgliedsfirma zu verhalten hätten. Der Vorstand kam zum Schlusse, daß es zunächst Sache jeder einzelnen Fabrikleitung sei, solchen Ausständen ohne Beeinträchtigung ihrer Autorität vorzubeugen, von Seite der anderen Vereinsfirmen aber auf Lokalisierung eines allfälligen ausgetretenen Arbeiterausstandes hinzuwirken sei. Es müsse von den Vereinsfirmen erwartet werden, daß sie unregelmäßig in Ausstand getretene Arbeiter anderer Werke nicht anstellen. Dagegen sollen sie sich unbedingte Freiheit hinsichtlich Uebernahme von Arbeiten, auch für die von dem Ausstande betroffene Firma wahren. Den Mitgliedern ist im Uebigen empfohlen worden, wenn Schwierigkeiten mit Arbeitern drohen, sich zunächst an den Vorstand des Vereins zu wenden und nicht von sich aus ohne vorgängige Verständigung mit dem Vorstande vorzugehen.“

Das sind recht ruhige Darlegungen, die natürlich mit Absicht so ruhig und kurz gehalten sind, da man in der Streikfrage doch nicht viel anzuhäufeln darf in einem Berichte, der für die Öffentlichkeit bestimmt ist. So ist auch mit keinem Worte die schwarze Liste erwähnt, sondern nur angedeutet mit den Worten: daß unregelmäßig in Ausstand getretene Arbeiter nicht überwärts in Arbeit genommen werden dürfen. Dies kann selbstverständlich nur durch schwarze Listen verhindert werden. Dabei drängt sich die Frage auf: was verstehen die Maschinenindustriellen unter „Brennungsmotoren“ in technischen Kreisen begreifliches Aufsehen erregt. Der Verfasser versuchte nämlich die Möglichkeit eines Motors zu beweisen, dessen Wirkungsgrad jener der Dampfmaschine um wenigstens das Doppelte übersteigen sollte. Und diese Möglichkeit ist heute zu unumstößlicher Gewißheit geworden. Wenn es zur Ueberwindung der praktischen Schwierigkeiten jahrelanger und außergewöhnlicher Anstrengungen bedurfte, so hat dies zum großen Theil seinen Grund darin, daß bei der neuen Maschine Druck bis zu 45 Atmosphären vorzukommen, während der höchste Druck bei den Wärmemotoren nur 15 Atmosphären beträgt.

Der Dieselmotor hat mit den Explosionsmotoren das gemein, daß die Verbrennung des Brennstoffes im Arbeitszylinder vor sich geht; sie erfolgt jedoch unter ganz ebenartigen und wesentlich vortheilhafteren Umständen. Das Brennmaterial (Petroleum, Leuchtgas oder sehr fein pulverisirte Kohle), das der Maschine in ganz kleinen, genau regulirbaren Mengen während eines Theils des Kolbenhubes zugeführt wird, verbrennt nämlich von selbst dadurch, daß es im Zylinder in Berührung mit Luft kommt, welche vorher von der Maschine selbst auf mechanische Weise so stark komprimirt wurde, daß sie die zur Entzündung erforderliche Temperatur besitzt. Ferner bleibt die im Gegensatz zu den Explosionsmaschinen ganz allmählich erfolgende Verbrennung sich nicht selbst überlassen, sondern wird durch Feuerlöcher Einlaß von außen auf eine bestimmte, vortheilhafte Weise geleitet, auf welche an dieser Stelle freilich nicht näher eingegangen werden kann.* Es mag nur noch bemerkt werden, daß die

„unregelmäßig in Ausstand getretenen Arbeitern“? Das sollten doch auch die Metallarbeiter wissen. Entschieden hierüber die Fabrikanten allein, so sind sie Richter und Ankläger zugleich, also in einer Doppelrolle, in der nur Willkür und Unrecht triumphiren können.

Auch die Maifeier wird besprochen. Es ist darüber zu lesen: „Die Feier des ersten Mai durch die Arbeiterschaft und die Stellungnahme der Fabrikleitungen gegenüber den bezüglichen von den Arbeitern geäußerten Wünschen und beobachteten Vorgehen ist ebenfalls Gegenstand einläßlicher Besprechung im Schooße des Vorstandes gewesen. Es ergab sich dabei, daß diese Arbeiterfeier des ersten Mai an manchen Orten zusammenfalle mit dem ortsbüblichen Maimarkte, zu welchem ohnehin von den Geschäften ein halber Tag freigegeben werde; daß ferner die Feier von der Arbeiterschaft an verschiedenen Orten ganz verschieden begangen und vielfach auf den Abend verlegt werde. Es erschien aus diesen Gründen dem Vorstande unzweckmäßig, in dieser Sache den Mitgliedern irgendwelche Vorschläge zu machen oder Rätze zu ertheilen und dadurch dieser jährlich wiederkehrenden Demonstration, welche von ihrem aggressiven Charakter bereits stark eingebüßt hat, mehr Bedeutung beizulegen, als ihr überhaupt zukommt.“

So kalt und objektiv dachten die Herren nicht immer über die Maifeier. Im Jahre 1890 noch waren sie darüber ebenso aufgeregt, wie ihre Kollegen in Deutschland und Oesterreich. Ebenso wurden im Laufe der Jahre manche Maßregelungen vorgenommen, weil den Arbeitern keine Stunde freigegeben wurde und wenn sie dennoch feierten, dann aus der Fabrik hinausflogen. Die in der jetzigen ruhigen Beurtheilung der Maifeier bekundete Sinnesänderung ist ein Erfolg der Arbeiter. Sie ließen sich keinerlei Ausschreitungen zu Schulden kommen, hielten konsequent an der Auffassung fest, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und erreichten endlich durch Abstimmungen in den größten Fabriken, daß sie jetzt den Nachmittag frei bekommen.

Zum Schlusse noch einige Daten über den Fabrikantenverein. Im Jahre 1890 gehörten ihm 64 Firmen mit 11 595 Arbeitern an, 1895 73 Firmen mit 15 686 Arbeitern und Ende 1896 101 Firmen mit 21 179 Arbeitern. Bei der vor 13 Jahren, 1884, erfolgten Gründung zählte der Verein 46 Mitglieder mit 9657 Arbeitern. Der Fabrikantenverein hat sich in den 13 Jahren seines Bestandes riesig entwickelt. Seine 101 Mitglieder machen allerdings nur den vierten Theil der 1895 bei Aufnahme der Fabrikstatistik gezählten Maschinenfabrikanten aus, aber diese 101 Mitglieder beschäftigen 21 179 von der Gesamtzahl der in der Maschinenindustrie beschäftigten 23 921 Arbeiter. Die fernstehenden 295 Geschäftsinhaber mit 2800 Arbeitern sind also nur kleinere Unternehmer, die für die Macht und Bedeutung des Fabrikantenvereins gar nicht ins Gewicht fallen. Man kann sagen, die gesamte schweizerische Maschinenindustrie ist, soweit die Unter-

Verbrennung eine vollkommenere ist, was sich, abgesehen von der chemischen Untersuchung, schon aus der Unsicherheit und Geruchslosigkeit der die Maschine verlassenden Gase, sowie aus dem völligen Fehlen jeder inneren Verschmutzung ergibt. Wir haben es also mit einer Maschine zu thun, die weder mit einer Feuerung, noch mit einer Zündvorrichtung versehen, und bei der jede Rauchentwicklung ausgeschlossen ist. Zum Anlassen des Motors, er mag kurze oder beliebig lange Zeit stillgestanden sein, bedarf es überraschender Weise lediglich des Oeffnens eines Ventils, worauf aus einem am Motor seitlich angebrachten Luftgefäß, in dem ein Druck von 45 Atmosphären herrscht, Luft nach dem Zylinder strömt, um dort den Beginn des Arbeitsprozesses zu veranlassen.

Das wichtigste Resultat der erwähnten, von verschiedenen Fachmännern angestellten Versuche ist nun, daß der Nuhoeffekt des neuen Motors nahezu 27 Prozent beträgt, also jenen der vorzüglichsten Dampfmaschinen thatsächlich um mehr als das Doppelte übertrifft und auch die anderen Wärmemotoren weit hinter sich läßt. Außer diesem unschätzbaren Hauptvortheil hat der Dieselmotor noch mehrere andere werthvolle Eigenschaften aufzuweisen: der Motor hat kleine Dimensionen, indem die Zylinderabmessungen anderer Motoren um 50 bis 100 Prozent größer sind, als die der neuen Maschine. Der auf die Arbeitseinheit bezogene Verbrauch an Brennmaterial bleibt auch bei abnehmender Leistung nahezu konstant, was bei keiner anderen Maschine der Fall ist. Ferner ist der Gang der Maschine in Folge eines zweckmäßigen Regulirverfahrens so ruhig und regelmäßig, daß sie im Gegensatz zu den in dieser Beziehung sehr mangelhaften Explosionsmotoren den Vergleich auch

nehmer in Betracht kommen, einheitlich und stramm organisiert und stellt eine riesige Unternehmerrmacht für die schweizerischen Metallarbeiter dar.

Wie sind nun diese organisiert? Der schweizerische Metallarbeiterverband zählt etwa 3000 Mitglieder, aber nicht allein Maschinenbauer, sondern auch Schlosser-, Spengler-, Schmiede- u. c. Gehilfen in den Kleinbetrieben sowie in den Metallwaarenfabriken. Ziehen wir aber die in der fabrikmäßigen Metallindustrie beschäftigten 9936 Arbeiter heran, so erhalten wir mit den 23 921 Maschinenbauern rund 34 000 Fabrikarbeiter der Metall- und Maschinenindustrie. Nach der Berufszählung von 1888 waren aber insgesamt 44 518 männliche und 11 010 weibliche Personen in der gesamten Metallindustrie inklusive des Kleingewerbes beschäftigt. Davon ist etwa der 15. Theil organisiert, gleich 7 Proz.

Nun kommen aber zu den organisierten Maschinenfabrikanten noch die zahlreichen anderen organisierten Unternehmer hinzu, die wohl größtentheils so gut wie erstere organisiert sind. Zählt man dem gegenüber die 7 Prozent organisierten Metallarbeiter, so erhellt daraus, wie wenig befriedigend der Stand der schweizerischen Metallarbeiterorganisation ist und wie viel da noch zu thun bleibt.

Wieder ein Schritt vorwärts!

Die Nothwendigkeit einer Revision der Arbeiterversicherungsgeetze wurde bekanntlich selbst vom Bundesrathstische zugegeben, als von einigen Seiten, besonders aber von sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage dieselbe verlangt wurde. Von sozialdemokratischer Seite kam die Anregung einer organischen Verbesserung der gesamten Arbeiterversicherung, da ein Versicherungszweig den anderen bedingt. Aber einen solch organischen Ausbau lehnten die einflußreichsten Unternehmer ab und die Regierung wachte ihre Fügbarkeit vor diesen Parteien in Bedenken einzulassen, die diesem organischen Ausbau entgegenstünden. Sie kam darum nur zu einer bruchstückweisen Aenderung an den Reichstag, der in der letzten Session sich mit den betreffenden Novellen befaßte. Es wurde fleißige Arbeit auch auf diese Novellen verwendet und es stand zu hoffen, daß wenigstens die größten Uebelstände beseitigt würden.

Nun hat die Stumm'sche Garde die Wiedereinbringung der Versicherungsgeetze gehindert. Das wird jetzt von dem im Solde der Großindustriellen stehenden Schweinburg offen anerkannt. Die Berliner „Politischen Nachrichten“ schreiben:

„Der jüngst in Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz von Vertretern der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften über die Beschlüsse des Reichstages in Sachen der Unfallversicherungsnovelle wird demnächst eine Berathung von Vertretern weiterer industrieller Kreise in Wiesbaden folgen. Nach der Stimmung, die in den verschiedensten industriellen Berufszweigen herrscht, ist anzunehmen, daß der Anstoß dieser Berathungen sich von dem Frankfurter nicht los-

mit den besten Dampfmaschinen nicht zu trennen hat. Endlich ist die vortheilhafte Ausnutzung des Brennstoffes ganz unabhängig von der Größe des Motors, so daß kein Grund zur Kraftanzentragung vorliegt, wie sie bei Dampfmaschinen wegen der Deformation des Betriebes und wegen der Kesselfeuerungen nöthig ist. Der Vortheil der Dezentralisation wird sich namentlich im Kleingewerbe wie auch im Eisenbahnbetrieb geltend machen. Statt langer Züge, wie sie durch die Ausnutzung der Lokomotiven bedingt sind, wird man in manchen Fällen häufiger verkehrende Motorwagen vorziehen, indem kleine Maschinen an den Wagen selbst angebracht werden können, es ließe sich hierdurch auch eine vollständige Trennung des Personen-, Post- und Güterverkehrs erreichen.“

Von der einschneidendsten Wichtigkeit ist schließlich noch der Umstand, daß der Dieselmotor nicht, wie die besten Vertreter der übrigen Wärmemotoren, den Abschluß des jeweiligen Systems bedeutet, sondern den Ausgangspunkt eines neuen. Im Gegensatz zu vielen anderen Erfindern, die ihre Erfolge nachliegender, guten Einfällen und glücklichen Zufälligkeiten zu verdanken haben, hat Diesel das von ihm erreichte Ziel zuerst auf wissenschaftlichem Wege genau vorhergesehen und im Besitze höchsten technischen Wissens und Könnens die Naturkräfte gezwungen, ihm auf eine ganz bestimmte Weise dienlich zu sein. Die deutsche Wissenschaft darf auf diesen außerordentlichen Triumph stolz sein. (Ergänz. S. 3.)

* Eine ausführliche Beschreibung und zeichnerische Darstellung der neuen Maschine findet der Leser in der Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure“.

unterscheiden wird. Es wird also dargethan werden, daß ein ganz bedeutender Bruchteil der an der Unfallversicherung beteiligten Gewerbe sich gegen die weitgehenden Forderungen der Reichstagskommission und namentlich gegen die Verkürzung der Karenzzeit bezw. die Erstattung des Krankengeldes seitens der Berufsgenossenschaften an die Krankenkassen nach der vierten Woche, allerdings auch gegen verschiedene von den verbündeten Regierungen vorgeschlagene Neuerungen, wie die Verminderung der Reinertragskraft des Reichsversicherungsamtes, sträubt. Bei einer solchen Sachlage, wo die Regierung sich über weittragende grundsätzliche Fragen mit dem Reichstage nicht hat verständigen können und wo die Interessenten selbst Gegner verschiedener vom Reichstage und der Regierung vorgeschlagener Neuerungen sind, gewinnt die Annahme immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß die Unfallversicherungs-Novelle in der nächsten Tagung des Reichstages nicht wieder beschließen wird. Jedenfalls dürfte die Regierung auf eine Wiedereinbringung der Novelle schon in der nächsten Session verzichten, wenn sie von vornherein überzogen sein müßte, daß die Reichstagsmehrheit an Annahmungen festhält, die sich weder mit der ihrigen noch mit denen der Hauptinteressenten vertragen."

Wer sind die Hauptinteressenten? Nach Schweinburg selbstverständlich diejenigen Leute, in deren Sold er steht. Nach gewöhnlichen Begriffen sind es die Arbeiter, die in der Produktion Leben und Gesundheit auf's Spiel setzen.

Nicht alle Vertreter der Berufsgenossenschaften sind Gegner der Verkürzung bezw. Beseitigung der Karenzzeit. Für die Beseitigung der Karenzzeit trat der Reichstagsabgeordnete Köstke, der auch Vorsitzender der Brauerei- und Mälzereibergewerkschaft ist, mit großer Wärme ein. Nur Stumm bekämpfte diesen Vorschlag mit aller Kraft; er will den jetzigen Zustand, wodurch 85 Prozent der Unfälle allein den Krankenkassen zur Last fallen, aufrecht erhalten. Jetzt sind es die Eisen- und Stahlindustriellen, also die Gruppe, zu der auch Stumm gehört, welche die noch in Fluß gekommene Reform der Versicherungsgehalte wieder in's Stocken bringen.

Schon in der Kommission wurde Herr v. Stumm lebhaft von den Regierungsvertretern unterjocht. Damals erklärte bereits der Ministerialdirektor v. Wodtke, ein starker Bureokrat und Reaktionsär, daß durch die Verkürzung der Karenzzeit die ganze Vorlage in Frage gestellt würde. Ist der von Regierungsvertretern so oft wiederholte Ausspruch, daß die Regierung für das Wohl der erkrankten und verunglückten Arbeiter Sorge, etwas anderes, als eine nichts sagende Phrase, dann darf man fragen, welches Interesse hat die Regierung daran, daß die Berufsgenossenschaften nicht stärker belastet und die Krankenkassen etwas entlastet werden? Wenn über diese Frage ein Streit entstehen kann, dann entsteht er zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Regierung stellt sich auf die Seite der kapitalfrähesten und habgierigsten Unternehmer und die allseitig als notwendig anerkannte Reform tritt nicht ein, weil Herr v. Stumm und seine Klassengenossen nicht mehr zahlen wollen. Unter diesem Machtgebote beugt sich die „starke Regierung“.

Für die Regierung und die governmentalen Parteien wird dieser Mißlauf in der „Sozialreform“ die Situation bei den nächsten Wahlen nicht verbessern. Unter solchen Umständen muß der Unwille der Arbeiter über die Vernachlässigung ihrer eigenen Angelegenheiten bei den Wahlen zum stärksten Ausdruck kommen.

Kapitalistische Moral.

Mannheim, September 1897.

In der Fabrik-Fabrik von Karl Richter u. Co. mer ein Arbeiter beschäftigt und zwar schon zu der Zeit, als die Firma noch A. Watz und Co. hieß und ihre Geschäftslieferanten in Q 7 hatte. Bei dem Umzuge der Fabrik in ihre jetzigen Räume in der Schreyenburgerstraße 73 gab dieser Arbeiter durch Ueberanstrengung sein Leben verloren. Können ein Leiden zu. Er nahm daselbst nicht ernst und arbeitete weiter, bis ihn ein Schlaganfall befiel und ihn auf's Krankenlager warf. Die Fabrik hat nun eine eigene Betriebskrankenkasse, die ihm geistliche Pflege that. Als der Kranke aber die geistlichen Besuche weigerte, angeordnet war und keine regelmäßigen Anträge an die Kasse mehr hatte, wurde ihm von der Fabrik mittelst nachfolgenden eingeschriebenen Briefes gekündigt:

Herrn Herr
Mannheim, 10. August 1897.
Da Sie inzwischen wohl nicht gesund geworden sind, und überdies die Zeiten zu Ende geht, bedauern wir Ihre Stellung bei uns heute kündigen zu müssen.
Euer ergebener Fabrikbesitzer
Karl Richter u. Co.

Die Folge dieses Briefes war, daß der Kranke in eine derartige Aufregung gerieth, daß ihn ein erneuter Schlaganfall befiel und seine jetzt fortwährende auf baldige Genesung auf keinen Fall zu machen ist.
Wir unterschreiben diese schändliche That, die mehr, als

es tausend Worte der Ermahnung vermöchten, von der Gefühllosigkeit und Herzlosigkeit des Kapitalismus zeugen, den Lesern zur Kenntnismahme und Beurteilung. Vor dem Gesetze ist die Firma in ihrem Rechte, vor dem Gesetze steht sie rein und makellos da und niemand darf es ungeliebt wagen, einen Stein auf sie zu werfen. Die kapitalistische Moral spricht sie frei von Schuld und Fehler. Zu der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist der Arbeiter für den Kapitalisten weiter nichts als ein Produktionsmittel, eine Maschine, die man benützt, so lange sie brauchbar ist, und achlos bei Seite stellt und durch eine andere ersetzt, wenn sie ihre Funktionen nicht mehr zu verrichten vermag. Für den Kapitalismus bedeutet der Arbeiter weiter nichts als eine Zitrone, deren Saft man auspreßt, um sie dann auf den Scheiterhaufen zu werfen. Und derjenige Kapitalist, der dies Auspreßen am besten versteht, ist in der kapitalistischen Welt geehrt und geachtet, erwirbt Reichtum und Macht und wird von den Arbeitern als „Broddherr“ gefeiert, so lange er sich herbeiläßt, sie auszupressen und sie nicht auf die Straße setzt.

Das ist die Moral unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, von welcher die Baalkassen des Geldjacks rühmen, daß sie von Gott eingesetzt sei. Eine herrliche Moral, welche dieselben Baalkassen, damit sie nicht gar zu nackt einhergehen, in ihrer egoistischen, ausbeuterischen Schamlosigkeit, mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zu umhüllen suchen, dieser „Nächstenliebe“, welche es sich zur Aufgabe macht, den Druck des Kapitalismus durch „christliche Wohlthätigkeit“ weniger empfindlich zu machen, um die Armen und Entsetzten um so sicherer in ihren Sklavensketten zu halten und sie nicht aus Verzweiflung zur Ervorkung ihrer Noth zu treiben, dieser „Nächstenliebe“, welche freiwillig dem geschrippten Lohnfloden das Lebensmark tropfenweise wieder einzuplösen sucht, das sie ihm stromweise abzupfl, dieser „Nächstenliebe“, welche den im Dienste des Kapitalismus arbeitsunfähig gewordenen aus Gnade mit Bettelstücken abspießt, wo er das Recht hätte, von der Gesellschaft ausreichende Befriedigung seiner Bedürfnisse zu fordern!

Arbeiter! Der Fall in der Richter'schen Velozpedfabrik ist typisch. Jeder Arbeiter kann heute oder morgen von ihm betroffen werden. Keiner ist dagegen gesichert. Wer abgenützt und ausgebraucht ist, wird auf die Straße gesetzt und darf froh sein, wenn er nicht verhungert, sondern aus dem aus seinen Schweitztröpfen gespeisten Alters- und Invaliditätsfonds, mit welchem der kapitalistische Stämper Diemard die Arbeiterfrage lösen und die Sozialdemokratie todschlagen wollte, täglich einige Pfennige erhält und damit sein Leben langlicher hinstirbt als der Hund des nächstbesten kapitalistischen Herrschers. Und solche Zustände, die allem menschlichen Gefühl, aller gesunden Vernunft Hohn sprechen, sind nicht nur geduldet, nein, sie sind geradezu sanktioniert durch die „von Gott gewollte“ kapitalistische Gesellschaftsordnung! Tausende und Abertausende von Arbeitern geraten in Enttäuschung, wenn man ihnen derartige Fälle jetzigen handgreiflich vor Augen führt, aber sie geraten auch in Enttäuschung, wenn man ihnen sagt: Was, sagt Ihr Euch denn darüber auf? Seid Ihr doch selber dran, daß so etwas möglich ist. Was wir jellen selbst daran schuld sein? Jawohl! Denn wer die Macht hat, Mißstände abzuschaffen, und diese Macht nicht benützt, ist genau so für dieselben verantwortlich, wie derjenige, der sie eingesetzt hat. Und die Arbeiterschaft hat die Macht, mit einem Schlage der kapitalistischen Herrlichkeit jammert ihrer wundenhaften Moral und ihrem noch schöneren Festspielstücken der „christlichen Nächstenliebe“ ein Ende zu machen. Karl Marx hat das Zauberswort gesprochen, das uns diese Macht verleiht. Es heißt: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Vereinigt Euch in der politischen Arbeiterpartei, in der Sozialdemokratie, und ihr bekommt die Mittel der Weigerung in die Hand. Vereinigt Euch in wirtschaftlichen Verbänden, in den Gewerkschaften, und Ihr bildet den Hebel zur Regulierung der Produktion. Vereinigt Euch die Macht des Geldjacks auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete zu brechen. Im nämlichen Augenblicke, wo der letzte Mann der Arbeit weiß, daß er vereinzelt nichts, vereint mit seinen Leidensgenossen aber alles ist, jenseit der Kapitalismus, fällt die kapitalistische Moral in den Staub und es entsteht aus der Asche eine Gesellschaftsordnung, in der es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten, in der es keine Herren und keine Knechte, in der es nur ein freies Geschlecht gibt, das seine Güterproduktion nach seinen natürlichen Bedürfnissen regelt. Für seine Erhaltung und Glauben ausgiebig sorgt, in der Niemand mehr zu beschützen hat, verzweifeln zu müssen, jenseit er nur seinen Nächsten gegenüber der Gesellschaft nachkommt und keine Moral in den Schatz jammert. „Was Du nicht willst, daß man Dir thu“, das sag auch keinem Andern zu.“ In dem einen Zauberswort „Vereinigt Euch“ liegt das ganze Geheimnis, wie alles materielle Gien, alle materielle Noth aus der Welt zu jchaffen ist.

Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer.

Das Gründungskomitee des Vereins der Maschinenbau-Unternehmer hielt am 5. Oktober eine Sitzung in Leeds ab und fasste folgende drei Resolutionen:

- 1) Die Forderung des Achtstundentages ist jorgfältig erwogen worden und die Unternehmer lassen sich wiederholen, daß die Lage des Maschinenbaugewerbes und der verwandten Gewerbe keine Verminderung der Zahl der Arbeitsstunden zuläßt.
 - 2) Ein wichtiger, im Streite einbezogener Punkt ist die Frage, wer die Arbeiten zu leisten hat. Die Vereinigung ist ersucht, ihren Mitgliedern in dieser Beziehung volle Freiheit zu jähren.
 - 3) Unter diesen Umständen ist jede Intervention von dritter Seite nutzlos und kann demnach nicht angenommen werden.
- Damit sind die Beschlüsse des Vorstandes, jöhren den Streikenden zu vermitteln, vollständig gescheitert und der Streit kann noch Monate fortwähren.
Eine in dem „Daily News“ veröffentlichte Bemerkung des Herrn A. Siemens, daß die Unternehmer absolute Herren „ihres Gewerbes“ sein wollen, wird als eine Kränker-

klärung bis auf's äußerste aufgefaßt, und die schon sehr ge- reizte Stimmung verschärft sich.

Der Unternehmerbund im Maschinenbaugewerbe hat dem Bund der Schiffs- und Maschinenbau-Gewerkschaften erklärt, daß er unter den jetzigen Verhältnissen sich nicht veranlaßt sehe, mit ihm über Verkürzung der Arbeitszeit in Verhandlung zu treten, und ihn auf seinen am 5. Oktober in Leeds gefassten Beschluß verwiesen, wo es heißt, daß die Lage der Maschinenindustrie keine Verkürzung der Arbeitszeit erlaube. Es bleibt nun abzuwarten, ob dies den Bund bewegen wird, sich den Vereinigten Maschinenbauern anzuschließen.

Nach einem vom Unternehmerverband veröffentlichten Bericht umschließt der Verband jetzt 517 Firmen, während ihm Mitte Juli erst 189 Firmen angehörten. Die Berichte über die Zahl der ausständigen (theils ausgesperrten und theils streikenden) Arbeiter gehen etwas auseinander, zeigen aber sämmtlich, daß die Gesamtzahl nur noch wenig unter 60,000 ist. Davon entfallen rund 24,000 auf den Maschinenbauer-Verein, 15,000 auf die verbündeten Gewerkschaften, 8500 Ausständigen sind qualifizierte Nicht-Gewerkschaftler und 11,000 Tagelöhner. Zur Unterstützung dieser Art sind jetzt über 36,000 Pfd. Sterl. (ca. 725,000 M.) wöchentlich erforderlich, und wenn auch die Unterstützungen von anderen Vereinen stärker einlaufen wie in den ersten drei Wochen des Septembers, so erfordert doch jede Wochenzahlung noch sehr erhebliche Zuschüsse aus der Kasse des Maschinenbauers-Vereins, die im ganzen schon um rund 100,000 Pfd. Sterl. leichter ist, als zu Beginn des Kampfes. Nach den an die besprechende Presse versendeten Berichten über die Eingänge an das Parlamentarische Gewerkschaftskomitee, den Maschinenbauerverein und das Londoner Achtstundenkomitee, haben diese Komitees in der Woche vom 30. September bis 6. Oktober insgesamt noch nicht 5000 Pfd. Sterl. Unterstützungsbeiträge erhalten. Die tausenden Einmahnen der beteiligten Gewerkschaften selbst sind mit 15,000 Pfd. Sterl. wöchentlich sehr hoch eingelaufen, und so kann man den noch zu deckenden Fehlbetrag leicht ausrechnen. Es müßte auf gar nichts, über diesen Punkt schönfärbende Angaben in die Welt zu jenden, denn die Unternehmer sind über den wahren Stand der Dinge durchaus unterrichtet, man täuscht damit nur die eigenen Freunde. Der Kampf wird eine sehr ernste Sache, zumal jetzt der Winter herannahet und die auf die Einzelnen entfallenden Unterstützungen nicht sehr weit reichen.

Bis jetzt sind den Maschinenbauern 2000 Pfd. Sterl. regelmäßige Beihilfenzuschüsse von anderen Gewerkschaften garantiert.

Die von Deutschland eingelassenen Sendungen und Sympathiezeugnisse haben in der englischen Arbeiterwelt den denkbar besten Eindruck gemacht. Die „Chronicle“ und andere Blätter brachten das Telegramm des Hamurger Kongresses in vollem Wortlaut nach und melden, daß von den deutschen Genossenschaften (cooperators), wahrhaftig ein Druckfehler für compositors = Schriftsetzer) 500 Pfd. St. eingetroffen seien, die Unterstützungsbeiträge der Metallarbeiter, Holzarbeiter u. sind ebenfalls öffentlich bekannt gemacht worden. Diese Solidaritätsbeweise werden auf keinen Fall vergebens angewendet sein. Der moralische Eindruck ist unermesslich, und auch materiell ist jeder Pfilsbeitrag von Nutzen.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der vom 4. bis 9. Oktober in Hamburg stattfand, hat den englischen Maschinenbauern folgende Sympathie- Kundgebung telegraphisch überjandt:

Der in Hamburg verjammelte Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands entsendet den im den Achtstundentag kämpfenden Maschinenbauern Englands seinen brüderlichen Gruß.

Die Sozialdemokratie Deutschlands blickt mit Stolz auf die mutigjältige gewerkschaftliche Organisation, mit der die Arbeiter des Maschinenbaues in England der starken Koalition ihres Unternehmertums entgegenzutreten wissen. Mit Genugthuung begrüßt der Parteitag die Thatfache, daß zum ersten Male gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eines ganzen Gewerbes im kapitalistischen Mutterlande England den Achtstundentag als Kampfmarsch angejogen haben.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands verjachtet deshalb die englischen Maschinenbau- Arbeiter jener wärmsten Sympathie. Er betrachtet es als eine Pflicht der internationalen Sozialdemokratie, die englischen Maschinenbauer, als Vorjämpfer des Achtstundentages, mit aller Kraft nicht nur moralisch, sondern auch materiell zu unterstützen, und vor allem dafür zu wirken, daß vom Festlande Eurobas und namentlich von Deutschland, während der Dauer des Streiks keine Metallarbeiter sich nach England begeben.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wünscht den Maschinenbauern Englands baldigen und vollständigen Erfolg in ihrem für die Arbeiter aller Länder bedeutsamen Kampfe.

Im Namen des Parteitages: Paul Singer.
Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes hat den englischen Maschinenbauern bereits Ende September durch ein Stuttgarter Bankhaus die Summe von 5000 M. überwiesen, wozu vom Generalsekretär der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer folgende Zuschüsse einging:
London, S. G., 4. September 1897.)

Werther Kollege,
haben Sie die Güte, unseren tiefjühligen herzlichen Dank entgegenzunehmen und ihn jhrei werthen Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zu übermitteln für die treue, wirklich glänzende Unterstützung, die Sie uns in unserem Kampfe für den Achtstundentag angejeben haben.
Der Kampf ist im guten Fortschreiten. Unsere Leute bilden immer noch eine unjgroßene Schlachtlinie, und wenn uns die Unterstützung unserer Arbeitsbrüder auch jerner wie bisher zu Thil wird, werden wir jiegen.
Mit brüderlichem Gruß verbleibe ich
Ihr ergebener
Geo R. Barnes.

Da Herrander Zufälle,
Zunahme, Redaktionspreis 160.
In Folge unjglücklicher Abschreibung gelangte der Brief leider verspätet an den Vorstand.

Zwischen sind in Folge der vom Vorstand angeordneten Versammlung weitere 1000 Mk abgehandelt worden. — Wir ersuchen die Werksgenossen, die Geldsummen für die englischen Kollegen mit aller Energie zu betreiben und die gesammelten Beträge ohne Verzögerung an den Vorstand in Stuttgart zu senden.

Der Vorstand des Vereins deutscher Buchdrucker hat den Ausständigen bekanntlich 10,000 Mk überandt. Auch der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes hat 2000 Mk bewilligt und bereits abgehandelt. Außerdem hat derselbe Sammellisten an seine Mitglieder ausgegeben. — In Folge einer Anregung aus Mitgliederkreisen hat der Generalrat des Hirsch-Dücker'schen Gewerkschafts der Maschinenbauer beschlossen, eine Mitgliederabstimmung darüber vorzunehmen, ob den englischen Maschinenbauern 10,000 Mk überandt werden sollen. Das Resultat der Abstimmung muß am 12. Oktober beim Verbandsbureau eingegangen sein.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erläßt in Nr. 41 des „Corresp.-Bl.“ einen Aufruf zur Unterstützung der Maschinenbauer Englands, worin es heißt: „Es gilt, freie Bahn zu schaffen für die Erringung des Achtstundentages; es gilt, die Organisationen der Brüder in England zu schließen; es gilt, der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse vollen Ausdruck zu geben, und da werden die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen sicher nicht zurückbleiben.“

Zum Formerausstand in Berlin.

Am Dienstag, den 5. Oktober, Vormittags 10 Uhr, fand der zweite Termin in Sachen des Formerausstands vor dem Gewerbegericht statt.

Vor Eintritt in die Verhandlung bemerkt der Vorsitzende v. Schulz, nach einem Bericht des „Vorwärts“ habe Vitkin am Sonntag in einer Metallarbeiterversammlung gesagt, es sei nicht gelungen, die unmittelbaren Ursachen des vorläufigen Streiks vor dem Einigungsamt festzustellen. Dazu habe er zu erklären, daß am Sonnabend festgestellt worden sei, die vorläufigen Arbeiter hätten verlangt, daß eine bestimmte Arbeit zu einem bestimmten Preise in der Fabrik angefertigt werden sollte.

Vitkin erwidert darauf, seiner Meinung nach hätten sich die Aussagen der Ausständigen in diesem Punkte widersprochen.

Es wird in die Verhandlung eingetreten. Vitkin erklärt Namens der Streikenden zu den Einigungsvorschlägen Folgendes: Mit Punkt 1 und 2 der Vorschläge seien die Arbeiter einverstanden, im Punkt 3 wünschen sie, daß die Worte „nach Bedarf“ und „möglichst“ gestrichen werden. Die in Punkt 4 vorgeschlagene Einigung zwischen der Firma Borzig und ihren Arbeitern müße stattfinden, bevor die Arbeit aufgenommen wird. Andernfalls läge die Gefahr nahe, daß ein Teil der Streikenden, wie man das bei anderer Gelegenheit bemerkt habe, nicht wieder angenommen werde.

Kommerzienrath Henneberg, vom Vorsitzenden angefordert, die Erklärung der Arbeitgeber abzugeben, jagt, daß er Herrn Vitkin überhaupt keine Antwort geben, sondern nur zu dem Einigungsamt sprechen wolle. Er legt dann die in der Generalversammlung des Verbandes der Metall-Industriellen festgestellten Einigungsbedingungen vor und betont, dieselben seien einstimmig gefaßt und deckten die Meinung der gesamten Arbeitgeber aus. Der 1. und 2. Punkt dieser Bedingungen decken sich mit den vom Einigungsamt gemachten Vorschlägen. Punkt 3 enthält folgenden Zusatz: „Es wird keinem der am gegenwärtigen Streik beteiligten Arbeiter, soweit er die Verpflichtung übernimmt, seine Mitarbeiter, die während des Streiks gearbeitet haben, die Hälfte der Werkstätte zu beleidigen oder zu belästigen, von dem Arbeitsnachweis des Verbandes Berliner Metallindustriellen der Arbeitslosen vorzuzulassen.“ Diese Bestimmung sei notwendig, um die treu gebliebenen Arbeiter zu schützen. Die Worte „nach Bedarf“ und „möglichst“ könnten nicht gestrichen werden, denn es sei, wie schon am Sonnabend erklärt, ein so bedeutender Teil der Arbeit nach auswärts gerhandelt, daß es gar nicht möglich sei, alle Streikenden sofort wieder zu beschäftigen. Wenn die Arbeitgeber erklären, daß sie die Streikenden möglichst und nach Bedarf wieder einstellen wollen, so sei das vor ihrem Namen und vor der öffentlichen Meinung eine bindende Verpflichtung. Punkt 4 der Vorschläge des Einigungsamts müße fortfallen, denn was die Firma Borzig mit ihren Arbeitern zu verhandeln habe, das gehe den Verband der Metallindustriellen nichts an. Die Annahme der Einigungsbedingungen könne aber nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung geschehen, daß das Einigungsamt in seinem Schiedsspruch erläßt:

„1. Daß die Gründe, aus denen der Streik bei der Firma Borzig erklärt und in die übrigen Gießereien übertragen wurde, nicht zu rechtfertigen sind; 2. daß die Forderungen, welche seitens der Arbeitnehmer 5 Tage nach Ausbruch des Streiks gestellt wurden, mit dem Streik selbst in keinem Zusammenhang stehen, auch nicht, soweit sie jetzt zur Annahme gelangen.“ Der Redner bemerkt, daß seine Mandatgeber dem Spruch des Einigungsamts nicht vorzuziehen wolle, daß sie aber großen Werth darauf legen, daß das Einigungsamt das Vorgehen und die Forderungen der vorläufigen Arbeiter für ungerechtfertigt erklärt.

Vitkin: Die Arbeitgeber betonen immer, sie wollten mit unserem Verband nichts zu thun haben, während sie selbst sich stets auf ihren Verband stützen. Wenn sie unseren Verband nicht anerkennen wollen, dann sollten sie sich auch nicht auf die Beschlüsse ihres Verbandes berufen. Wir haben in dieser Angelegenheit nicht einmal unseren Verband befragt, sondern die Entscheidung nur den am Streik beteiligten Arbeitern überlassen. Wir sind hierhergekommen in der Meinung, daß eine gegenseitige Verständigung möglich sei. Wenn aber die Herren Arbeitgeber uns hier ausdrücklich in's Unrecht setzen wollen, dürfte die Verständigung unmöglich werden, und die Erbitterung der Arbeiter wird noch um einen Grad gesteigert. Was soll man dazu sagen, daß auf der „Germania“ in Bezug der Arbeiter bei der Lohnzahlung diejenigen Beträge abgezogen wurden, die sie auf eine Liste für die Streikenden gezahlt hatten? Das heißt doch die Arbeiter provozieren. An dem rechtlichen Willen der anwesenden Arbeitnehmer werde wohl die Verständigung nicht scheitern. Dieselbe müße aber eine solche sein, die beide

Theile befriedigt. An den Worten „möglichst“ und „nach Bedarf“ würden die Arbeiter die Einigung nicht scheitern lassen. Daran müßten sie aber unter allen Umständen festhalten, daß bei Borzig erst die Einigung vollzogen sein müsse, bevor die Arbeit aufgenommen werde.

Vorj. v. Schulz wünscht nähere Auskunft über den von Vitkin angeführten Vorfall in der „Germania“. Vitkin gibt dieselbe dahin: Ein Arbeiter der genannten Fabrik habe unter seinen Kollegen eine Sammelliste für den Streikfond zirkuliren lassen. Dieselbe sei ihm abgenommen worden und bei der Lohnzahlung sei jedem, der auf die Liste gezeichnet worden mit der Bemerkung: Ihr verdient wohl noch zu viel. Der Redner legt zum Beweise die betreffenden Lohnzettel vor. Nach Einmündung in die Fabrikordnung der „Germania“ erklärt der Vorsitzende diese Abzüge als durch dieselbe nicht gerechtfertigt. — Bezüglich der Einigung bei der Firma Borzig erklärt Direktor Dorn: Wir können erst mit den Arbeitern unterhandeln, nachdem die Arbeit aufgenommen ist. Gegenwärtig haben wir keine Arbeiter, denn dieselben sind alle entlassen.

Nach zweifelhäufiger Verathung erscheint das Einigungsamt wieder. Der Vorsitzende erklärt zunächst, daß sich in der Fabrikordnung der „Germania“ doch ein Paktus finde, der die Abzüge rechtfertigt.

Dann legt der Vorsitzende den Parteien folgende Vergleichsvorschläge vor:

Nachdem durch die Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts thätig festgestellt worden ist:

1. daß der Anspruch der Arbeitnehmer, den seitigen Doppelzylinder und die Gleitbahn zu dem von den Arbeitnehmern geforderten Preise nur in der vorläufigen Gießerei fertig zu stellen, ebenso unberechtigt war, wie die auf die Ablehnung dieses Anspruches gegründete Weigerung der Formner der übrigen Gießereien des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, vorläufige Arbeit anzufertigen.

2. daß die Forderungen, welche seitens der Arbeitnehmer fünf Tage nach Ausbruch des Streiks gestellt wurden, mit dem Streik selbst in keinem Zusammenhang stehen, auch nicht, soweit sie jetzt zur Annahme gelangen.

Schließen die Parteien folgenden Vergleich:

1. Die Arbeitslohn für die anzufertigenden Arbeiten sind zwischen den zur Ausführung bestimmten Formnern und den Arbeitern bezu. Gießereivorständen, welche die Arbeitgeber vertreten, zu vereinbaren.

2. Solcher Lohn, welcher nachweislich ohne Verschulden der Formner zum Ausbruch des Streiks beigetragen hat, soll bezahlt werden. In Streitfällen sollen beteiligte Formner gutwillig gehandelt werden.

3. Die Arbeitgeber werden die am Streik beteiligten Formner und Gießerei-Arbeiter nach Bedarf wieder einstellen, möglichst bevor ausständige Formner zur Beschäftigung angenommen werden. Es wird keinem der am Streik beteiligten Arbeitnehmer, sofern er die Verpflichtung übernimmt, seine Mitarbeiter, welche während des Streiks gearbeitet haben, die Hälfte weder durch Wort noch That innerhalb oder außerhalb der Werkstätte zu beleidigen oder zu belästigen, von dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen der Arbeitslosen befreit werden.

4. Die Regelung der übrigen Forderungen der Arbeitnehmer vom 27. August 1897 bleibt der freien Vereinbarung der Parteien vorbehalten.

Direktor Dorn erklärt auf eine Anfrage des Vorsitzenden, daß er bereit sei, noch an demselben Tage mit einem Theil der vorläufigen Arbeiter zu verhandeln.

Vitkin bemerkt zu den Vorschlägen, daß er zwar den Sinn derselben nicht kenne, weil darin eine Beurtheilung der Arbeiter angedeutet sei. Er verpflichtet sich aber im Einverständnis mit den übrigen Vertretern der Arbeiter dahin zu erklären, daß diese Bedingungen angenommen werden. Andererseits wünscht er aber, daß die Herren Arbeitgeber ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Maßregeln durch den Arbeitsnachweis unterbleiben. Ferner wolle er den Arbeitgebern rathe, wenn Differenzen austreten, sich an die in Frage kommenden Faktoren der Arbeiter zu wenden, dann würde mancher Konflikt vermieden werden.

Vorsitzender v. Schulz bemerkt, von einer Berufung der Arbeiter könne keine Rede sein.

Als der Vorsitzende die Einigungsbeimel verliest: „Nachdem beide Theile das Einigungsamt angerufen haben“ betont Kommerzienrath Henneberg, daß die Unternehmer das Einigungsamt nicht angerufen haben, sondern auf Einladung des Gewerbegerichts daselbst nur anerkannt hätten. Der Vorsitzende scheidet das zu. Die Formel werde durch das Gesetz vorgeschrieben. Er habe, wie immer in solchen Fällen, die Parteien zur Ausrufung des Einigungsamtes veranlaßt.

Dann schließt die Sitzung. Die Parteien haben sich nun innerhalb der gesetzlichen Frist von 3 Tagen zu erklären, ob sie sich unter den vorgeschlagenen Bedingungen einigen. Andernfalls fällt das Einigungsamt einen Schiedsspruch.

Berlin. Am 7. Oktober wurde in zwei öffentlichen Metallarbeiterversammlungen Stellung zu dem Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht Stellung genommen.

In der Versammlung in Kellers Hofstraßen referierte Vitkin. Er schildert das Verfahren vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts und legt dar, daß sich durch die dort erfolgten Aussagen der vorläufigen Formner über die Ursachen des Streikens diese doch nicht als solche erweisen haben, um gut zur öffentlichen Parole für einen großen Aufstand gemacht werden zu können. Moralisch seien die betreffenden Kollegen aber vollständig gerechtfertigt; man müße nur den Ausbruch des Streiks zu beklagen, die langjährige Verbitterung bedenken, die sich bei den Metallarbeitern gegen ihre Arbeitgeber angesammelt habe. Der Direktor Dorn habe vor Gericht erklärt, noch am Dienstag mit drei von ihm selbst ernannten Formnern verhandeln zu wollen. Diese sind jedoch, als sie erschienen, aufgefodert worden, am Mittwoch wiederzukommen; am Donnerstag wurde ihnen dann erklärt, die Firma wolle nicht in Verhandlungen über die einzelnen Punkte eintreten, bevor nicht die Arbeit wieder aufgenommen sei; am Sonnabend wolle man ihnen Bescheid geben, wie viel Arbeiter wieder eingestellt werden können. Vitkin hat sich, um vor Annahme der Arbeit eine Verständigung mit Borzig herbeizuführen, dem Antrag, wegen

zu Herrn Meßner v. Schulz begeben und diesen gebeten, im Interesse der Arbeiter bei Borzig zu interveniren. Dieser habe es abgelehnt, zu Borzig hinauszufahren, weil es als eine antiliche Handlung erscheinen könne, zu der er nicht beauftragt sei. Herr v. Schulz habe jedoch telephonisch bei der Firma angefragt, wie sie sich die weitere Regelung der Sache denke, und habe den Bescheid erhalten, daß sich die Firma genau an die vereinbarten Punkte zu halten gebente und die während des Streiks aus der schließlichen Fikale nach Berlin beorderten Formner in die Heimath zurückzuschicken und die alten Arbeiter nach Bedarf wieder einstellen wolle.

Einen großen Theil der Schuld an dem Mißerfolg der Arbeiter trage es, daß sie nur zu einem Bruchtheil organisiert seien. In der Generalversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller sei am Montag der Beschluß gefaßt worden, falls vor dem Einigungsamt kein Vergleich zu Stande komme, die Werkstätten zu schließen und sämtliche 27,000 Berliner Metallarbeiter auszusperren. Einen solchen Kampf sei die Metallarbeiter-Organisation mit den gegenwärtigen Mitteln nicht in der Lage, siegreich durchzuführen. Dies sei eine Lehre für die Zukunft; die Parole müße lauten: Organisation und Ausammlung von Kapitalien. Man müße sich wappnen, denn solche Vorposten würden in Folge des progressiven Fortschritts der Unternehmer sicher widerstehen. Bei der heutigen Lage der Verhältnisse bleibe den Arbeitervertretern aber pflichtgemäß kein anderer Weg, als die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Die folgende Resolution wurde zur Annahme empfohlen:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Arbeitervertreter vor dem Einigungsamt einverstanden. Trotzdem die vorgeschlagenen Einigungsbedingungen keineswegs geeignet sind, einen dauernden Frieden im Gewerbe zu garantiren, beschließt die heutige Versammlung, den Ausstand der Formner und Gießerei-Arbeiter für beendet zu erklären.“

Falls diese Resolution angenommen werde, würde am Freitag durch eine Kommission in sämtlichen Gießereien angefragt werden, wie viel Arbeiter wieder eingestellt werden könnten. Am Montag werde dann die Arbeit jedenfalls wieder beginnen können. Was glaubt, daß die Arbeiter bald alle wieder eingestellt sein werden, weil sehr viel Arbeit vorhanden ist. — Ueber verschiedene interne Fragen bezüglich des Ausbruchs von Streiks werde man später Besprechung halten; ähnliche Vorposten müße, wie diesmal, müßten für die Zukunft vermieden werden. — In der Diskussion ist auch für die Annahme der Resolution; jedoch können seiner Meinung nach über die Wiederaufnahme der Arbeit nur die Formner allein beschließen, allgemeine Metallarbeiterversammlungen seien dazu nicht befugt. — Der Vorsitzende legt dar, daß die Metallarbeiter schon aus dem Grunde mitzuwirken haben, weil von ihnen ja auch die Ausrüstung der Mittel verlangt werde. — Klein Schmidt (Freikämpfer Formner) ist für Annahme der Resolution. Die vorläufigen Formner haben uns eine Schlappe versetzt, die sie nicht verantworten können. Sie hatten uns nicht vollständig über die Ursachen des Streiks, so wie sie vor dem Gewerbegericht festgestellt worden sind, unterrichtet. — Mehrfach verweist auf die englischen Maschinenbauer, die jetzt in der Lage seien, kraftvoll für den Achtstundentag einzutreten, weil sie ein Vierteljahrhundert lang hohe Beiträge angehäuft haben. Das sei der Nutzen des Ausstandes, daß jetzt allgemein eingesehen werden müße, daß man früher eine Markt zahlen müße, wo bisher ein Großtheil gezahlt worden sei. Man müße die moralische Schwäche dieses „Bergbaus“ einstellen mit dem Verlaß, es in Zukunft besser zu machen. — Was ist der Meinung, daß es nicht nur am mangelnden Gelde, sondern vor allem am mangelnden Arbeitsbewußtsein der Arbeiter liege, wenn sie keine Siege erröben. — Vitkin bestritt, daß von einer moralischen Schwäche gesprochen werden könne. Der moralische Erfolg sei aber auf Seiten der Arbeiter, wenn auch nicht der materiell. Die Herren Unternehmer würden viel davon haben, wenn vor dem Gewerbegericht von unserer Seite manches angebracht werden würde. Den Ausführungen von Dorn gegenüber bemerkt er, daß die Metallarbeiter in ihrer Gesamtheit nicht nur deshalb mitreden haben, weil sie die Mittel anbringen müßten, sondern auch deswegen, weil mit jedem Tage der Dauer des Ausstandes auch andere Metallarbeiter arbeitslos werden. Eine einzelne Beauftragungsgruppe dürfe nicht über die Ereignisse von vielen Tausenden entscheiden.

Die obige Resolution wird darauf gegen eine schwache Minorität angenommen und damit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Zu „Abthiner Hof“ referierte Rätcher. Mit dem ersten und zweiten Punkte der Einigungsbedingungen könne man ohne Bedenken einverstanden sein, denn es werde darin ein Zustand, der schon früher bestanden hat, aufs Neue festgelegt, was immerhin einen Fortschritt gegenüber den augenblicklichen Verhältnissen bedeute. Punkt 3, der den Streikenden die Wiederaufnahme „bei Bedarf“ zusichert und „möglichst“ bevor ausständige Formner angenommen werden, könne zu Bedenken keinen Anlass geben. Da ein Theil der Ausständigen abgelehnt und Arbeit in Berlin kaum vorhanden sei, da andererseits die Unternehmer sich verpflichtet hätten, keinem Streikenden den Arbeitslohn auf dem Lande vorzuenthalten zu lassen, so liege kein Grund zu der Befürchtung vor, daß ein Theil der Streikenden gemüthet werden solle. Die „Vossische Zeitung“ habe jetzt wieder in einem Leitartikel davon, daß der Streik friedlich vom Tische gebrochen sei und gegen den Willen der beteiligten Arbeiter von deren Führern gestiftet werde. Das sei durchaus unpartheyisch. Die vorläufigen Arbeiter hätten ja eine Ungefährlichkeit bezeugen. Redner wolle deshalb keinen Streit auf sie werfen, denn selbstverständlich könne nicht jeder Arbeiter ein geschickter Kämpfer sein. Dadurch, daß die Unternehmer wie immer so auch in diesem Falle den Vertretern der Arbeiterorganisation die Einmischung verweigern, sei es den letzteren unmöglich gemacht worden, sich über die wahren Ursachen des Konflikts zu unterrichten und denselben beizulegen. Die Schuld an dem Ausstand trügen also nur diejenigen, welche nur mit „Aber“ Arbeitern verkehren wollen und die Vertreter der Organisations zurückweisen. Die Vereinbarung der vorläufigen Arbeiter mit der Firma sei bis jetzt noch nicht erfolgt. Da die Vertreter der Arbeiter vor dem Einigungsamt die Wiederaufnahme der Arbeit ausdrücklich von den vorerzogenen

Regelung der Differenzen mit der Firma Vorjig abhängig machen, ohne diese Bedingungen in's Einigungsprotokoll aufnehmen zu lassen, so hätte man wohl erwarten sollen, Direktor Dorn wäre so loyal gewesen, diese Regelung vor Aufnahme der Arbeit herbeizuführen. Der Vergleich vor dem Einigungsamt sei kein Sieg der Arbeiter, ebensowenig könne man aber von einer Niederlage reden. Ein Erfolg sei es immerhin, daß sich die Unternehmer veranlaßt sahen, mit den von den Arbeitern in Versammlungen gewählten Vertretern vor dem Gewerbegericht zu verhandeln. Was dabei erreicht worden sei, damit könne man unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden sein.

Eine Fortsetzung des Kampfes sei nicht rathsam. Die Arbeiten, welche den Anlaß zum Streit bei Vorjig gaben, seien längst fertig und somit die Ursache des Konfliktes aus der Welt geschafft. Die später und zwar nur für die vorjig'sche Gießerei aufgestellten Forderungen hätten keine so große Bedeutung, daß sich um deroetwegen ein längerer Kampf lohne. Es sei zu bedenken, daß, wenn der Kampf fortgesetzt werde, sehr bald die Formen in Leipzig, Chemnitz, Magdeburg und Hannover wegen Verweigerung der Berliner Arbeiten mit in den Ausstand getrieben werden. Einige Berliner Fabriken hätten schon jetzt wegen Mangels an Gas die Arbeitszeit der Metallarbeiter herabgesetzt. Es könne den Arbeitern nur empfohlen werden, daß sie sich mit dem kleinen Erfolg, den sie jetzt zu verzeichnen haben, zufrieden geben und vor Allem die Organisation stärken, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Nach einer längeren Diskussion wurde die obige Resolution gegen etwa 20 Stimmen angenommen. Den Streikenden wurde empfohlen, für jede Gießerei eine Kommission aus ihren Reihen zu wählen, die wegen Wiederaufnahme der Arbeit mit den Unternehmern in Verbindung zu treten hat, so daß möglichst am Montag die Arbeit wieder beginnen kann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind mehrfach Anträge beim Vorstand eingereicht worden, die durchaus nicht den an sie billiger Weise zu stellenden Anforderungen entsprechen und machen wir an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam, daß nur solche Anträge auf Unterstützung nach § 2c im Vorstand zur Berathung gelangen, die neben einer Schilderung der die Nothlage bewirkenden Umstände eine genaue Angabe der Familienverhältnisse (Familienstand — ob ledig oder verheiratet und ev. Kinderzahl) enthalten und von der Ortsverwaltung geprüft, begutachtet und unterzeichnet sind. Außerdem ist in derartigen Anträgen stets die Höhe der gewünschten Unterstützung anzugeben sowie das Mitgliedsbuch des Antragstellers beizufügen.

Rechtshilfeanträge müssen ebenfalls eine genaue Schilderung des ihnen zu Grunde liegenden Sachverhalts enthalten, von der Ortsverwaltung gewissenhaft geprüft und begutachtet sein. In komplizierten Fällen ist ein Gutachten eines Rechtsanwaltes beizufügen. Etwaige auf den Prozeß Bezug habende andere Schriftsätze, wie Anklage- und Klageschriften und deren Beantwortungen sind, sowie Alles, was zur Orientirung über den Sachverhalt dienen kann, im Original oder in Abschrift dem Antrage beizufügen. Ebenso ist auch hier das Mitgliedsbuch des Antragstellers mit einzuliefern.

Anträge auf Beitragsbefreiung sind nur durch die Bevollmächtigten der Orte zu stellen, an denen die Ortsorgane von Vernehmungen nicht angängig ist. Diesen Anträgen braucht das Mitgliedsbuch nicht beigelegt zu werden, sondern es genügt die Angabe der Ursachen der Beitragsbefreiung auf wie viel Wochen und welche sie sich ausdehnen soll und die Erklärung des Bevollmächtigten, daß ihm die Ursachen nachgewiesen worden sind. Diese Anträge können mit den Quartalsabrechnungen (gleich mehrere zusammen), oder einzeln per Postkarte eingereicht werden.

Anträge auf Ausschluss aus dem Verband müssen den genauen Sachverhalt und die Adresse des Ausschlusshabenden enthalten und von der gemeinsamen Ortsverwaltung geprüft und unterzeichnet sein. Ebenso sind die Personalien und die Hauptnummer des Mitgliedsbuches anzugeben, damit im Falle des Ausschlusses die Bescheinigung erfolgen kann.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und anzuhalten:

- 14592 des Werftarbeiters Ludwig Oldenburg, geb. zu Stolp am 17. Juni 1858.
- 14634 des Werftarbeiters August Braun, geb. zu Straasberg am 11. Oktober 1862.
- 162883 des Werftarbeiters Adolf Ohlson, geb. zu Wilhelmshurg am 12. Dezember 1865.

Der frühere Bevollmächtigte von Dessau, Herrmann Friedrich Damaß, geb. am 5. November 1869 zu Hamburg-Uhlenhorst, eingetretten unter B-Nr. 100 199 am 1. April 1895 zu Dessau, ist mit M. 257,85 flüchtig und ersuchen wir, den Betreffenden bei seinem Ausgange zu beschaffen und uns sofort Bescheinigung zugehen zu lassen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Erhard Werner, Stuttgart, Poststraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Poststempel genau zu bezeichnen, wofür das Geld verantwortlich ist.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Die Mitglieder Josef Brenner, geb. zu Wödingen am 15. Oktober 1873, Baus N. 149 388 und Albert Postigkeit, geb. zu Remd am 12. Dezember 1873, Baus N. 34 168, werden hierdurch um Angabe ihrer Adresse gebeten.

Dejenigen Bewohnungen und Mitglieder, die zur Ermittlung derselben beitragen können, werden gebeten, dies zu thun.

Korrespondenzen.

Metall-Arbeiter.

Altona. Mitgliederversammlung am 13. Sept. Gen. Feine-Hamburg hielt einen Vortrag über „Konjunkturverhältnisse“. Erwähnt wurden hierauf: Lange und Sidow als Zeitungskolporteurs, Feld als Arbeitsnachweiskontrolleur, Grim und Pfannenstiel zur Agitationskommission. Betreffs Schulden tilgung vom Hafenarbeiterstreik beschließt die Versammlung dem Antrage der Ortsverwaltung gemäß, Kaufzettel drucken zu lassen, welche die Kolporteurs den Mitgliedern zu stellen sollen. Letztere haben die diesbezüglichen Fragen zu beantworten und die Fettel durch den Ueberbringer an die Ortsverwaltung gelangen zu lassen, damit man weiß, welche Mitglieder gewillt sind, noch länger zur Deckung der Schulden beizutragen, resp. noch 2.16 zu bezahlen. Ferner wurde beschließen, im nächsten Sommer eine Dampftour nach der Ober- oder Unter-Elbe zu machen. Eine Kommission von 3 Mann wurde hierzu gewählt. Die Kollegen wurden aufgefordert, bei etwaiger Arbeitslosigkeit sich an den Arbeitsnachweis zu wenden, da es oft vorkommt, daß Leute verlangt werden, aber keine eingeschrieben sind, trotzdem Arbeitslose vorhanden sind.

Barmbeck. In der am 13. September abgehaltenen Versammlung des D. M. V. hielt zunächst Genosse Steinicke einen Vortrag über Klassenherrschaft und Klassengegensätze. Zur Vorlage betr. Zusammenfassung der Sektionen ergriff sich eine lebhafte Debatte über verschiedene Paragraphen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, in der nächsten kombiirten Vorstandssitzung die ergebnis Einsätze vorzubringen. Dann wurde beschlossen, in Barmbeck selbst ein Wintervergnügen abzuhalten. Drei Kollegen wurden hierzu gewählt.

Bremen. In der am 19. Septbr. abgehaltenen Versammlung der Maschinen- und Feiler, welche ziemlich gut besucht war, wurde beschlossen, als Sektion dem D. M. V. beizutreten. Als Bevollmächtigter wurde Rudw. Bartholomäus, Bogenstr. 26, gewählt, an welchen alle Anfragen und Beschwerden zu richten sind. Zeitungskolportage und Beitragsannahme wird von den Kollegen der allgemeinen Verwaltungsstelle beorgt. Die Veranlassungen finden alle 4 Wochen statt. Die Mitglieder können außerdem an den alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen der allgemeinen Verwaltungsstelle theilnehmen. Bis jetzt liegen hier ja. 30 Kollegen aufzunehmen.

Breslau. In der öffentlichen Metallarbeiterversammlung vom 8. Oktober sprach Kollege Hirschfeld Berlin über: „Das organisierte Unternehmertum im Kampf mit den organisierten Metallarbeitern“. Eine Resolution, in welcher den preussischen Berliner Formern die moralische und finanzielle Unterstützung zugesagt wird, fand einstimmige Annahme. — Als Redner in das Gerichtshaus traten wurden die Kollegen Hofmann, Daas und Jurekewitz gewählt, welche auch annehmen. Dann wurden drei Kollegen zu Revisoren der Abrechnung über den Streik bei Meißner ernannt. Ferner berichteten die Kollegen Daas und Hofmann, daß sie die Abrechnung über die Klempnerpartie geprüft und Alles in Ordnung gefunden haben. Die Einnahme betrug 216,87 M., die Ausgabe 156,84 M., so daß ein Ueberschuß von 57,03 M. verbleibt, welcher dem Streikfonds der Klempner überwiesen wurde.

Breslau. (Wingspannen am 5. Oktober.) Die Gold- und Silberarbeiter trafen am 21. September eine öffentliche Versammlung ab. Zu Punkt 1: Welche Organisation ist für uns die beste? referirte Kollege Daas und bewies in seinem klaren Vortrage, daß wir das Beste gefunden haben, indem wir gewillt sind, in den Metallarbeiter-Verband überzutreten. Er zeigte, daß das, was bei Gründung des Verbandes in's Feld geführt worden ist, sich nicht bewährt hat, sondern daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband an Mitgliedern immer zugewonnen hat während die vielen kleinen Organisationen, welche hier ganz Deutschland verbreitet sind und höchstens 50 bis 2000 Mitglieder haben, zahllos sind, indem die Bescheidigungen durch die Zeitung, Verwaltungsstellen und Heizerunterstützung fast ausgeht werden. So daß für den eigentlichen Zweck, die Streikunterstützung, sich nichts übergiebt, hat der Metallarbeiter-Verband bewiesen, daß er größeres Streiks lange unterstützen kann, ohne gekümmert zu werden. Er wies auch nach, daß anderen Beispiele recht bald die übrigen kleinen Organisationen folgen, so daß wir eine große Zentralorganisation bilden, wenn eine solche allein ist im Stande, dem Unternehmertum kräftig entgegenzutreten zu können. Ein Kollege erklärte noch mit, daß wir mit allen Kräften in den Metallarbeiter-Verband überzutreten. Es werden hierauf folgende Anträge einstimmig angenommen: 1. Zu dem Metallarbeiter-Verband überzutreten. 2. Bis 15. Oktober 1897 muß der Uebertritt erfolgt sein. 3. Die Verwaltungsdelegation haben für rechtzeitige Anlieferung der Bücher zu sorgen. 4. Eine Kommission nimmt die Anmeldungen zum Metallarbeiter-Verband in die Hand.

Esslingen. In der Goldschmied- und Silberarbeiter-Fabrik von J. Guttschloß ist seither im Tagelohn gearbeitet worden. Derselbe betrug für die älteren Arbeiter höchstens 32 J., für die jüngeren jedoch nur 26—28 J. pro Stunde. Oft wurde auch nur der ordentliche Tagelohn (4 2/3) bezahlt. Am 14. September stellte Herr D. an die Goldarbeiter das Ansuchen, in Accord zu arbeiten, den Stückpreis erfahre man jedoch erst nach Fertigstellung der Arbeit. Ferner sollte, da die Arbeit sehr verlustig sei, Abends bis 10 Uhr gearbeitet werden. Die Arbeiter waren aber hiermit nicht einverstanden, sondern es machten 28 von 33 auf Communist arbeitende Goldarbeiter Abends um 6 Uhr Feierabend, und versammelten sich in der „Neuen Welt“. Jeder waren von diesen 28 nur 4 im D. M. V. organisiert, die übrigen gehörten keiner Organisation an. In dieser Zusammenkunft wurde die Ortsverwaltung der hiesigen Verwaltungsstelle hinzugezogen. Sammelte sich indessen Kollegen ließen sich sofort in den Verband anschließen. Es wurde eine 3gliedrige Kommission beauftragt, bei Herrn D. vorzulegen zu werden und bewachte diese Kommission auch die sofortige Rückzahlung der Accordarbeit. Aber auch die Verhandlung von Seiten des Herrn D. als des Herrn Kabinetsmeisters Klaus liegen fieberisch zu wünschen übrig, namentlich sagte letzterer Herr durch sein militärisches Auftreten den Arbeitern „oppositen“.

Eine am 16. September abgehaltene Werkstellenversammlung glaubte den Zeitpunkt für gekommen, die gegenwärtig gute Geschäftskonjunktur zu benutzen, um für sich bessere Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Folgende Forderungen wurden daher Herrn D. von der Kommission unterbreitet: 1) Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden festgesetzt, einschließlich 10 Minuten Frühstück- und Vesperpause. Jedem Arbeiter ist gestattet, sich 5 Minuten vor 12 Uhr resp. 5 Minuten vor Feierabend die Hände zu waschen. 2) Bei günstiger Geschäftskonjunktur, wenn unbedingt Ueberstunden gemacht werden müssen, wird für dieselben ein Bohnzuschlag von 25 Proz. gewährt. Jedoch dürfen täglich nicht mehr als 3 Stunden Ueberzeit gearbeitet werden. 3) Bei langsamem Geschäftsgang wird die Arbeitszeit je nach Bedarf für sämtliche Arbeiter ohne Ausnahme (nicht nach Gunst) reduziert. 4) Jeder Arbeiter, welcher bisher unter 34 J. pro Stunde bezogen hat, erhält einen Zuschlag von 2 J. Arbeiter, welche 6 Wochen im Geschäft sind, dürfen nicht unter 30 J. entlohnt werden, in der vorhergehenden Zeit jedoch nicht unter 28 J. pro Stunde. 5) Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß den Arbeitern von Seiten des Kabinetsmeisters eine anständige Behandlung zu Theil wird. 6) Maßregelungen dürfen unter keinen Umständen stattfinden. 7) Der 1. Mai gilt als Feiertag. 8) Beiden Theilen wird vollständig freies Koalitionsrecht zugesprochen. — Über Herr D. wollte diese genügt sehr bescheidenen Forderungen der Arbeiter nicht beistimmen, weshalb die Goldarbeiter am Samstag, den 18. September, einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis diese Forderungen bewilligt sind. Der Geist unter den Arbeitern war ein guter und da konnte man bei den günstig obwaltenden Umständen auf Erfolg rechnen. Alle Vorbereitungen wurden schnellst getroffen, es wurde nach den Konkurrenzstädten Gmund und Pforsheim berichtet, um den Bezug möglichst fern zu halten. Die hiesige organisierte Arbeitervereins erklärte sich bereit, die Streikenden im Ernstfalle in moralischer und finanzieller Hinsicht nach Kräften zu unterstützen. Als am Montag Morgen 30 Goldarbeiter vom Geschäft wegblieben, sah Herr D. wohl ein, daß die Arbeiter Ernst machen und versuchte er daher, mit der Kommission in Verhandlungen einzutreten. Nach längeren Auseinandersetzungen bewilligte Herr D. sämtliche Forderungen mit Ausnahme des Prozentzuschlages für Ueberstunden, welcher auf 10 Proz. reduziert wurde. Somit ist am 21. September die Arbeit nach einstimmigem Ausstand wieder aufgenommen worden. Ist der Erfolg auch kein großer, so können wir doch damit zufrieden sein. Über den am Ausstand theilhaftig gewesen Arbeitern möchten wir an's Herz legen, daß sie nicht, nachdem sie jetzt bessere Arbeitsbedingungen erreicht, der Organisation den Rücken kehren, sondern für den Verband unabhängig agitiren und unsere Versammlungen fleißig besuchen. — Am 25. September fand im Lokal „Neue Welt“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Reichel-Schnittger referirte über: „Die Lage der Arbeiter in der hiesigen Edel- und Unedelmetallindustrie“. Zum 2. Punkt: „Was lehrt uns der Streik bei H. Guttschloß?“ hatte Kollege H. Kind, hier, das Referat übernommen. Beide Redner erfüllten ihre Aufgabe zur größten Zufriedenheit der Versammlung. Leider müssen wir bedauern, daß, trotzdem 1000 Flugblätter und Versammlungseinladungen verbreitet wurden, der Versammlungsbesuch ein schlechter war. Es scheint, als ob die Kollegen an Orte es nicht nhtig hätten, an den Versammlungen Theil zu nehmen. Den Turn-, Gesang- und sonstigen Dufelvereinen springen sie bei jeder Gelegenheit nach und da werden sie derartig in Anspruch genommen, daß sie keine Zeit (oder kein Geld?) haben, an unseren Versammlungen Theil zu nehmen, oder sich gar der Organisation zu widmen. Aber auch die organisierten Kollegen haben, wie gewöhnlich, in dieser Versammlung mit ihrer Abwesenheit geblndelt. War doch kaum der vierte Theil der Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle erschienen. Umsttzt daß dieselben den hiesigen Metallarbeitern mit gutem Beispiel voranzugehen, die Indifferenzen für uns zu gewinnen suchen, ziehen sie es vor, in den Wirtschaften beim Glas Bier einen „Tagg“ oder „Geigel“ zu machen. Sollegen, wenn es so fort geht, kommen wir nicht vorwärts. Möge diese Aufmerksamkeit dazu beitragen, Euch aus der Schlafmchtigkeit aufzurichten.

Hamburg-St. Georg. Versammlung am 28. Sept. Kollege Schulz referirte über den Zweck des Zusammenstuhles der Sektionen. Die Abstimmung ergab eine einheitliche Annahme der Vorlage. Den Bericht vom Kartell erstattete Kollege Martini. Der Bevollmächtigte theilte mit, daß unsere Sektion bis jetzt zu 100 M. an Einnahme eingeleistet ht, daß wir aber unserer Mitgliederzahl entsprechend ja. 320 M. bezahlen mtten. Als Zeitungskolporteurs wurden Baur und Streißner gewählt. Die theilte mit, daß er Commislinien für die englischen Maschinenbauer bei sich ht.

Heiligenhans. Am 19. September fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Gottshagen-Düffelhof einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Lage der hiesigen Metallarbeiter und wie sie dieselbe zu verbessern, und was nützt uns der Deutsche Metallarbeiter-Verband?“ hielt. Der Referent schilderte an der Hand von Beweismaterial, welches durch Fragebogen, die in den verschiedenen Werkstätten ausgegeben waren, gesammelt war, die hiesigen Arbeitsverhältnisse und stellte fest, daß der Durchschnittslohn der Metallarbeiter nur 16 M. beträgt. Daß hievon kein menschenwürdiges Dasein zu fristen sei, bedürfe keiner Beweisführung. Trotzdem sind die Fabrikanten fortwährend nur darauf bedacht, die Arbeitszeit zu verlängern und die Accordpreise zu reduzieren, um so immer mehr Profit herauszuschlagen. Kollege Gottshagen kam auch auf die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften zu sprechen; er wies zahlreich nach, daß das, was diese leisten, in keinem Verhältniß steht zu den Leistungen des D. M. V. Zum Schluß legte der Referent die einzelnen Paragraphen des Statuts klar und empfahl, dem D. M. V. beizutreten. Die Diskussion war eine kurze und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute stattfindende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Forderungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten.“ Bei Punkt 2 meinte Kollege Gottshagen, von der Gründung einer Verwaltungsstelle vorläufig noch Abstand zu nehmen, da hier mit den lokalen Verhältnissen gerechnet werden mte. In der nächsten Versammlung soll ein Vertrauensmann gewählt werden. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhält-

nist zum hiesigen allgemeinen Arbeiterverein diskutiert. Es gelangte schließlich folgender vom Kollegen Kuhlmann gestellter Antrag zur Annahme: „Die Mitglieder des D. M. V. und des allgemeinen Arbeitervereins erkennen sich gegenseitig als berechtigt an und erklären, daß jeder Einsichtsvolle verpflichtet ist, dem D. M. V. beizutreten.“ — Wir sind jetzt hier 33 Mitglieder. Da wir hier mit der Lokalfrage Schwierigkeiten haben, so ersuchen wir die Genossen von Heiligenhaus: meidet die betr. Witthe; es sind dies: Klipperbüsch, Hagenbeck, Wilh. Kubs, Friedr. Kleinm am Steinberg, Krämer, Mastenamp und Geilker.

Konstanz. Wir sehen uns veranlaßt, die Kollegen auf die Firma Gebr. Wegau in Steckhorn (Schweiz) aufmerksam zu machen. In dieser Fabrik herrschen solche Zustände, daß es einem denkenden Arbeiter unmöglich wird, dort zu arbeiten. Bei den geringsten Anlässen, z. B. wenn zwei Arbeiter miteinander reden, geht es Strafen bis zu 1 Fr. Verbürgene Werkzeuge müssen bezahlt werden, und zwar theurer als man dieselben in der Eisenhandlung kaufen kann. Die Aborte befinden sich in solchem Zustande, daß man sie überhaupt nicht benutzen kann. Die Firma sucht fortwährend Arbeiter im „Schwarzwälder Boten“ bei „dauernder Arbeit und guter Bezahlung“, aber länger wie ein paar Wochen hält es keiner aus. Wir warnen unsere in die Schweiz reisenden Kollegen, in dieser Müllerverschäufte Arbeit zu nehmen.

Kolar. Mit welchem Wohlwollen man hier dem D. M. V., speziell den Versammlungen desselben gegenüber steht, zeigt folgender Vorfall. Am 28. September war von der hiesigen Verwaltungsstelle eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in das Lokal des Herrn Weinrich einberufen, in welcher ein Vortrag über das Unfallgesetz gehalten werden sollte. Als der betreffende Abend herankam, ließ der Kommandant der Feuerwehr Kolar's, Herr Jeller, welcher Beamter der Main-Weier-Hütte ist, um halb 9 Uhr Klamm blasen zu einer Nachtübung, welche die meisten Arbeiter betrauen mußten. Einen Schaden hat er uns dadurch nicht zugefügt, denn die Versammlung, welche um halb 10 Uhr nach begeben konnte, war desto besuchter. Der Vortrag fiel aus, dagegen wurden folgende Anträge gestellt und angenommen: 1) Anschaffung eines Fragekastens, welcher in der Wirtschaft von Genosse Schnupp angebracht werden soll; 2) jedes durchreisende Verbandsmitglied erhält ein Geschenk von 30 S, damit das Betheile bei den Kollegen anhört, diejenigen, die nicht im Verband sind, erhalten nichts; 3) die Geschäftsleitung der Fabrik zu bitten um Errichtung einer Badeanstalt. (Es wird schon jedes Jahr eine auf die Bahn gestellt, aber dieselbe ist bloß für diejenigen, die sich tagsüber nicht schmutzig machen.) 4) Verbesserung der Aborte, welche überhaupt nicht den sanitären, sowie den sittlichen Rücksichten entsprechen und jeder näheren Beschreibung spotten.

Prize. Am 2. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kollege Heine wurde als Kassierer gewählt. Zum 3. Punkt erstarrte Kollege Rorhe Bericht über die Verhältnisse in der Eisengießerei der Gebrüder Westfahl. In der letzten Mitgliederversammlung war schon über die lange Arbeitszeit und die Sonntagsarbeit der Former verhandelt worden, was zwei Tage später der Meister oder die Gebr. Westfahl erfahren hatten, worauf sämtliche Former zusammenberufen und befragt wurden, was sie eigentlich wollten. Kollege Rorhe legte hierauf die Sache klar. Der Ueberarbeit, die mitunter bis 10 und 12 Uhr dauere, würde, wenn der gute Wille da wäre, abgeholfen werden können, so daß der Feierabend um 6 Uhr eintreten könnte. Es wurde darauf auch um 6 Uhr Feierabend gemacht, was den Herren Gebr. Westfahl wohl nicht so recht gepaßt hat, denn sie kamen nun darauf, wie sie den „Friedensstörer“, wie sie ihn nachher nannten, los werden könnten. Derselbe wurde am Donnerstag plötzlich ohne Grund entlassen. Nach länger heftiger Debatte wurde folgende Resolution vorgelesen und auch angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, beiderseits vom Metallarbeiter- wie vom Zentral-Verbande der Former die Sperre über die Fabrik der Gebr. Westfahl zu verhängen.“ Wir ersuchen nun die durchreisenden Kollegen beiderseits, sich beim Bevollmächtigten des D. M. V., Bernh. Greb, Jägerstr. 29/31, oder Bahnh. 55, zu erkundigen. Im „Verbündenen“ wurden sämtliche Gelbgiessereien einer scharfen Kritik wegen der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit unterzogen. Sodann theilte der Vorsitzende noch mit, daß eine Einladung der Hirsch-Dunder-Werke zu einer großen Gewerkschaftsversammlung am Sonntag, 10. Oktober, uns zugegangen sei, worauf beschlossen wurde, da hin zu gehen und unsere Prinzipien zu vertreten.

Stuttin. Zu unserem Berichte in Nr. 41 über den Streit bei Störner haben wir noch den Wertlaut des Erlasses der Firma hier zu publizieren; derselbe lautet: „An die Arbeiter der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Bernh. Störner u. G. Ström-Grünhof. Seit Jahren arbeiten wir anderen Fahrradfabriken gegenüber in wesentlich ungünstigeren Produktionsverhältnissen, die besonders in der geringen Lohnarbeit begründet sind. Um diejenige Leistungsfähigkeit zu erreichen, die absolut nöthig ist, um auch auf dem Weltmarkt konkurrenz zu können, sind wir gezwungen, dem Beispiel anderer Fabriken zu folgen, und sind auf den heute erdienenen Tabellen diejenigen Akkordlöhne verzeichnet, die für die Folge gültig sind. Letztere sind immer noch wesentlich höher, als diejenigen der hauptsächlichsten Konkurrenzfabriken, und sind unter Zuziehung aller maßgebenden Persönlichkeiten so berechnet, daß bei einigem guten Willen derselbe Verdienst wie bisher zu erreichen ist, nämlich: für gute Akkordarbeiter zu 30 Mk pro Woche, für einfachere Akkordarbeiter zu 25 Mk pro Woche. Dagegen haben wir einigen Akkordarbeitern und Gesellworkern der Singer-Nähmaschinen sowie Sozialarbeitern eine Aufbesserung des Akkords resp. Lohnes, wie es uns angemessen scheint, zu Theil werden lassen. Wie wiederholen, daß wir durch die Verhältnisse zu unseren Maßnahmen gezwungen sind und daß wir unter keinen Umständen von obigen Ausführungen abweichen können. Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Bernh. Störner. Klagenfurt.“ — Am Dienstag, den 5. Oktober, legten auch die Arbeiter im Nähmaschinenbau die Arbeit nieder. Der „Volkswort“ berichtet darüber: Die am Sonntag gefassten Beschlüsse, wonach nochmals mit der Direktion Rücksprache genommen werden sollte, um eine Einigung zu erzielen, konnten nicht durchgeführt werden, weil die Fabrikleitung selbst diesen

Beginnen entgegengearbeitet hat. Montag Nachmittag wurde das Mitglied des Arbeiterausschusses, Schlosser Buchholz, plötzlich entlassen. Die Arbeiter waren darüber sehr ausgebracht und erblickten in diesem Verhalten der Leitung die Absicht, die Arbeiter in den Streit zu treiben und gütlichen Verhandlungen aus dem Wege zu gehen. Der erste Direktor der Gesellschaft, Wasmuth, ist vertrieben, obwohl er doch weiß, was auf dem Spiele steht. Dienstag Morgen 6 Uhr gingen die Arbeiter im Nähmaschinenbau nur in die Fabrik, um ihre Kontrollmarken abzugeben; 10 Minuten später legten sämtliche die Arbeit nieder. Unter den Streikenden befinden sich viele Arbeiter, die 15—20 Jahre lang in der Fabrik beschäftigt sind. Die Zahl derer, die am Dienstag die Arbeit einstellten, beträgt etwa 320.

Wermelskirchen. In der Eisenblechwaarenfabrik, Verzinkerei und Lackerei von Robert Weber wurden 40 Arbeiter ausgeperrt. Zugang fernhalten! Bericht folgt.

Feilenhauer.

Chemnitz. Wie aus früheren Nummern der „Met.-Ztg.“ zu ersehen, befanden sich die hiesigen Kollegen in einer Lohnbewegung. Als wir im Mai vorigen Jahres nach gütlich verlaufener Lohnbewegung die Arbeit aufnahmen, glaubten wir nicht, so bald wieder an das Solidaritätsgefühl aller Feilenhauer Deutschlands appellieren zu müssen, da der von der Lohnkommission ausgearbeitete und von den Arbeitgeberern begünstigte Preisverant voll und ganz eingehalten werden sollte. Trotzdem nur dieser Lohnsatz von allen Unternehmern hiesigen Orts bewilligt war, zog es doch einer derselben, Herr Fomum (größte Wude), vor, nach seinem Gutdünken zu bezahlen. Er richtete vor Allem sein Augenmerk darauf, den Gehältern den festgesetzten Preis für Stroßfeilen (à Stück 18 S) freitlig zu machen. Schon dadurch stüßig gemacht, äußerten die hiesigen Kollegen auch den Wunsch, das Durchschnittsgewicht bei allen Feilen fallen zu lassen und einen Tarif, wie er bei allen Meistern bezahlt wird (zu messen und wiegen nach Belieben des Arbeiters) zu erziehen. Alle unsere Versuche, uns gütlich mit Herrn Fomum zu einigen, scheiterten, und so sahen wir uns gezwungen, am 2. Oktober die Arbeit niederzulegen. (Vgl. vor. Nr.) Kollegen, es ist an Euch, und in dem uns aufgezwungenen Kampfe in jeder Hinsicht zu unterstützen. Halte vor allen Dingen den Zugang nach Chemnitz fern, damit Herr Fomum keinen Erfolg für seine Arbeiter bekommt. Emil Freißler, Tannenstr. 2/11.

Duisburg. Erwiderung auf den in Nr. 40 der „Met.-Ztg.“ erschienenen Artikel betreffend Organisation der Feilenhauer. — Kollege H. beschließt sich nach einigen einleitenden Worten mit der Agitation unter den Feilenhauern. Er erklärt wörtlich: Wenn man einen Feilenhauer auffordert, dem D. M. V. beizutreten, so nimmt derselbe stets zu der Aussprache: „Ja, wenn wir allein wären, unter uns, würde ich auch beitreten.“ Es folgen sodann die verschiedensten Ausreden, mit denen man sich zu rechtfertigen sucht. Worauf ist das zurückzuführen? Ich glaube einzig und allein darauf, daß die Agitation von Seiten der organisierten Feilenhauer bei ihren Berufsgenossen nicht in dem Sinne betrieben wird, wie dies der Fall sein sollte. Man begnügt sich schon damit, wenn man selbst organisiert ist, schließt sich der Allgemeinheit an, vertritt deren Interessen und vernachlässigt die eigenen. Die Folgen davon sind, daß sich die indifferenten Kollegen durch den M. V. seine Besserung ihrer Lage versprechen und dieserhalb sich zurückziehen. Sodann erwähnt Kollege H., daß der Feilenhauer meist noch im Kleinhandwerk beschäftigt ist und erwähnt dabei: „Wenn in einer Fabrikstelle mit mehr als 100 Mitgliedern nur einige Feilenhauer organisiert sind, so kommen dieselben zu der Ansicht, ihre Interessen wären nicht genügend gewahrt. Kann man nicht auf gütlichem Wege eine Besserung seiner Verhältnisse erziehen, greift man zum Wanderschaft und kehrt der Arbeitsstätte den Rücken.“ — Er wirft hier die Frage auf: Kann da eine eigene Organisation etwas ändern? und beantwortet dieselbe mit Nein. Es ist wohl anzunehmen, daß der Einzelner diese Frage nicht mit dem richtigen Verständnis beurtheilt. Eben so gut könnte man fragen: Ist der M. V. fähig, uns eine Besserung zu schaffen? und lautet mit Nein antworten. Keiner Ansicht nach sind dies überflüssige Redensarten; hier heißt es selbst Hand an's Werk legen; denn was nützt uns eine Organisation, ganz gleich, welcher Richtung, wenn die so Ulegen untüchtig sind! Hier ist die Parole: Weg mit den unannehmbaren Redensarten, auf zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage. In erster Linie wäre es nöthig, eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Feilenhauer Deutschlands anzustellen. Sodann möchte ich an dieser Stelle Anregung zu Bezirksversammlungen geben. Dadurch ist auch den Kollegen an kleineren Orten Gelegenheit gegeben, sich an geeigneter Stelle über ihre Verhältnisse auszusprechen, dadurch gewinnen die einzelnen Sektionen Anhang untereinander, sind in der Lage, sich über Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszusprechen, ihre Arbeitsnachweise nach Kräften auszubilden, sowie den Uebergriffen der Unternehmer geschlossenen entgegenzutreten. Arbeiter wie in dieser Weise vorwärts, amatt unsere Zeit in gegenseitigen Heißereien zu verschwenden, dann werden wir bald ein günstiges Resultat erzielen. Stäffengeiß, Kunztopf, Frielesanz u. werden verjähwiden, man wird den Werth der Organisation zu schätzen wissen und die Feilenhauer können sich dann einer Besserung ihrer Lage durch die Organisation erfreuen. Darum Kollegen, freud an's Werk, sind die Anträge augenblicklich auch sehr verschieden, so haben wir doch nur ein Ziel: Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage, welches zu erreichen alle-ob in Unterstützungsvereinen, Lokalvereinen oder im M. V. — bestrebt sind.

Leipzig. In der öffentlichen Feilenhauerversammlung, die hier am 26. September abgehalten wurde, kamen die Licht- und Ventilationsverhältnisse in den Leipziger Werkstätten zur Sprache und wurden dabei traurige Dinge aufgedeckt. Denn bezüglich der Ventilation lagen gerade die Leipziger Werkstätten viel zu wünschen übrig. Aus diesem Grunde wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, deren Aufgabe es ist, über derartige Mängel Bericht zu erstatten. Hierzu wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Ansehen der Feilenhauer in Leipzig verloren ist. Zu widerwärtigen wird das Gerücht entzogen. Der Arbeitsnachweis sowie die Zahlstelle befindet sich bei Kollege Richard Müller, Sternwartenstr. 534, links.

Eingefandt aus Frankfurt a. M.
Herberge für organisierte Arbeiter.

Der in hiesigen Arbeiterkreisen lange gehegte Plan, ein eigenes Heim zu gründen, geht jetzt endlich seiner Verwirklichung entgegen. Es hat sich hier eine aus Arbeitern bestehende Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet, die das frühere Gasthaus „Zum Erlanger Hof“ in der Bornstraße 11 von der Stadt gemiethet hat, um darin eine Herberge für organisierte Arbeiter zu errichten. Im Erdgeschosse wird eine geräumige Wirtschaft für hiesige Gäste eingerichtet, ein zweiter Raum dient als Verkehrslokal für durchreisende Fremde, der erste Stock soll Kollegzimmer für Gewerkschaftsungen aufweisen und der kleine Garten sowie eine gute Kegelbahn werden dazu beitragen, den geselligen Verkehr zu beleben.

Es soll hiermit der Arbeiterchaft ein besseres Verkehrslokal ohne theure Preise geboten werden, woran es hier in Frankfurt zutüßenden mangelte. Die Logitzimmer, von welchen jedes nur wenige Betten enthält, ein großer Vortheil gegen andere Herbergen, sind mit neuen guten Betten versehen und wird Werth darauf gelegt, den Reisenden für billiges Geld ein sauberes und angenehmes Unterkommen zu bieten.

Es wird nun Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeiterchaft überhaupt sein, das Unternehmen, das in ihrem Interesse ins Leben gerufen wurde und dessen Ueberstüße lediglich zum weiteren Ausbau und zur Vergrößerung verwendet werden sollen, nach Kräften zu fördern, damit es sich weiter entwickeln kann, und so der Anfang gemacht ist zu einem wirklich wackeren Arbeiterheim, wie es immer mehr zum Bedenken wird.

Sämmtliche Brudervergane werden gebeten, ihre Leser auf das Unternehmen hinzuweisen, damit auswärtige Besucher recht zahlreich dort eintreffen.

Gerichts-Zeitung.

Mündeln. Ein untreuer Kassier. Der 40 Jahre alte Finanzier Joseph Mühlbaum stand unter der Anklage, in seiner Eigenschaft als Kassier der Sektion der Zinglerstr. des D. M. V. die Summe von 254,18 unterzählen zu haben. Am Donnerstag, 2. Juni, wurde in der „Urtheilshalle“ eine Verhandlung der Sektion abgehalten, der auch die Angeklagte beizuhilte. Da die Zinglerstr. damals in einer Lohnbewegung stand, wurde die Unterstützungsfrage ventilirt und der Angeklagte über den Bestand der Kasse befragt. Dieser gab denselben auf etwas über 300 an, ohne jedoch das Geld, das er bei sich gehabt haben will, vorzuzählen. Pfingstmontag sollte die erste Streikunterstützung ausgezahlt werden; da an diesem Tage der Angeklagte vom Geschäftsfernblieb, bezog sich der Vorsitzende der Sektion in seine Wohnung, ohne ihn aber zu treffen. Bei einer am 2. Pfingstfeiertag vorgenommenen Kassenrevision wurde das Konto in der oben angegebenen Höhe entdeckt und der Angeklagte der Unterschlagung bezichtigt. Heute behauptete Mühlbaum, daß er seinerzeit auf dem Nachhausewege das Geld verloren habe. Eine im vorigen Jahre zu seinem Arbeitgeber gemachte Forderung läßt aber darauf schließen, daß der Angeklagte, der auch noch Kassier der Sängerkunde des (liberalen) Arbeiterbildungsvereins war, schon seit Jahren mit beiden Kassen manövrierte, und die sichtbar schon seit längerer Zeit begangenen Unterschlagungen zu verurtheilen. Der Staatsanwalt beantragte, da es sich hier um Gelber armer Leute handelt, 8 Monate Gefängnis, Urtheil: 2 Monate Gefängnis.

Kattlingen. Am 23. September wurde vor dem hiesigen Schöffengerichte die Privatbeleidigungsklage, die der Metzgermeister Häuser gegen den Redakteur der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“, J. Säern, angehängt hatte, verhandelt. J. hatte sich durch eine Notiz in Nr. 42 der „Met.-Ztg.“ vom 17. Okt. vor J. beleidigt gefühlt. Da der Beklagte den Beweis führte, daß die betr. Einsendung ohne sein Wissen Aufnahme gefunden hatte (er befand sich damals in Göttingen auf dem sozialdemokratischen Parteitag), und nachdem der Anwalt des Beklagten den Vorsitz der Notiz mit den letzteren Einschlüßung nannte, wurde die Klage zurückgezogen und der Kläger Häuser zur Ertragung der Kosten verurtheilt.

Zus. Gausberg a. W. wird über folgenden Angriff auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter berichtet: Zwei Holzbildhauer arbeiteten in der Wendt'schen Fabrik und erhielten eines Tages den Auftrag, Säge für Fahrräder in Akkord anzufertigen. Da das Stück mit 10 S bezahlt wurde, vermochten sie bei dieser Arbeit nur 1 Mk pro Tag zu verdienen. Dieser Umstand sowohl, als auch der weitere, daß von der Fabrikdirektion einem Kollegen gekündigt worden war, mit dem sie sich solidarisch erklärten, veranlaßte sie, am 23. Juni ihre Kündigung einzureichen. Sie wurden nun beschuldigt, in ungesetzlicher Weise auf den Holzbildhauer Milde eingewirkt zu haben, ebenfalls zu kündigen, was dieser auch versprochen hatte, indeß er nicht zur Ausführung brachte. Wenn auch nach Ansicht des Gerichtshofes, die Angeklagten berechtigten Grund zur Kündigung und Arbeitsniederlegung gehabt hätten, indem anerkannt werden mußte, daß für einen Tagesverdienst von 1 Mk nicht gearbeitet werden könne, so wurden sie doch nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme der ihnen zur Last gelegten Vergehen für Uebertäter erachtet. Denn es sei, wie der Gerichtsvorsitzende betonte, unzulässig, diejenigen, die arbeiten wollten, daran zu hindern und zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Dies sei zweifellos seitens der Angeklagten in Bezug auf den dem Deutschen Holzarbeiterverbande nicht angehörenden Milde geschehen. Es sei eine der schlimmsten Rechtsverletzungen, die schwer geahndet werden müsse. So wurde Grün zu sechs Tagen, Sämerke, Köbner und Jahn zu je einer Woche Gefängnis verurtheilt.

Vermischtes.

Der Werth von sogenannten Wahlfahrtscheinrichtungen für Arbeiter wird recht deutlich beleuchtet durch das Verhalten der Firma Sauer in Frankfurt a. M. Diese hatte unter günstigen Umständen einem Theil ihrer Arbeiter Fahrräder geliefert, damit die Leute auch weitere Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsstelle in kurzer Zeit zurücklegen könnten. Die dadurch ermöglichte billigere Miethe sollte trotz niedriger Löhne den Wohlthunern eine bessere Grenz gewähren, weshalb die

Trampelwagen den Namen „Erstgenmaschinen“ erhielten. Nun hat die Firma eine Anzahl Arbeiter entlassen, darunter auch vier Mann mit „Erstgenmaschinen“, obgleich diese Leute immer glaubten, daß sie vor der Entlassung geschützt seien, da sie doch noch in Schuld der Firma sind. Die „Erstgenmaschine“ kostet 200 Mk., mit 50 Mk. Anzahlung. Der Eine davon hat bereits 75 Mk. auf die Maschine bezahlt, welche jetzt der Firma wieder zufällt, nebst der gezahlten Summe. Ein Anderer wollte sich fräuben, die Maschine als Eigenthum behalten und den Rest abzahlen. Da kam er schon an! Die Maschine ist Eigenthum der Firma, bis der letzte Heller bezahlt ist, alles bereits gezahlte Geld gehört für Abnutzung des Rades ebenfalls der Firma. Nun gibt es allerdings ein Gesetz, welches den sogenannten Abschlagsgeschäften und Leihverträgen Schranken setzt. Aber darum braucht sich doch die Firma Meyer nicht zu kümmern. Wenn Zwei das selbe thun usw.

Der englische Arbeitsmarkt hat nach den Mittheilungen, die das Arbeitsamt (Labour Department) in der „Labour Gazette“ veröffentlicht, im Monat August im Allgemeinen einen kleinen Rückgang erfahren. Bei den nachstehenden Zahlen sind die an dem Konflikt in der Maschinenbau-Industrie direkt beteiligten Arbeiter unberücksichtigt geblieben. Die Zahl der Arbeitslosen betrug bei den 113 Gewerkschaften, welche für den Monat August Berichte an das Arbeitsamt einbrachten und die über eine Mitgliederzahl von 462 256 verfügen, 17 440 oder 3,55 Proz. ihrer Mitglieder. Für diese Periode hatten 110 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 429 621 sich an den Erhebungen beteiligt.

Neue Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wurden im August gemeldet 66, bei denen 15 303 Arbeiter beteiligt waren. Wie schon oben bemerkt, sind auch hier die durch den Kampf der englischen Maschinenbauer in Völkerrandenschaft gezogenen Arbeiter nicht mit inbegriffen. Im Juli waren nur 65 Konflikte mit 46 539 Arbeitern gemeldet, im August 1896 aber 90 mit nur 14 200 Mann. Dierzehn der Konflikte betrafen das Baugewerbe, 8 Bergwerke und Steinbrüche, 13 das Maschinen- und Schiffbauergewerbe, 4 in anderen Metallbranchen, 10 in der Textilindustrie, 3 in der Bekleidungsindustrie und 14 in verschiedenen Gewerben. — Von den 90 neuen und alten Konflikten mit 18 803 Arbeitern, welche im Monat August als beigelegt gemeldet wurden, endeten 55 mit 8520 Arbeitern erfolgreich für diese, 35 mit 6463 Personen zu Gunsten der Arbeitgeber; der Rest kam durch Vergleich zu Ende.

An den Veränderungen der Lohnhöhe waren 132 100 Personen beteiligt; davon erlitten nur 1100 eine Lohnkürzung, die übrigen eine Erhöhung; die durchschnittliche Erhöhung betrug pro Kopf und Woche 7 Pence (56 S.). An den Erhöhungen waren allein 120 000 Bergleute von Durham und Northumberland beteiligt. Nur bei 3850 Arbeitern war die Erhöhung des Lohnes durch Streik erzwungen worden, die übrigen erreichten sie durch Verhandlungen, Vergleich usw.

Litterarisches.

Von der **Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie** von Franz Mehring (Sungart, Dieck Verlag) sind Heft 19 und 20 erschienen. Mit den vorliegenden Heften beginnt der zweite Theil der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie. In der Erscheinungsweise ist eine Veränderung getroffen worden, dahingehend, daß die Lieferungen nicht in achtstägigen, sondern in vierzehntägigen Zwischenräumen zur Ausgabe gelangen. Der zweite Theil reicht von 1863 bis 1896, von Lassalles Offiziem Antwortschreiben bis zur Gegenwart. Er zerfällt in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt umfaßt die jungen Jahre der deutschen Sozialdemokratie, die Agitation Lassalles und die Internationale Arbeiterassoziation, die Kampfe der Lassalleaner und Eisenacher, die Einigung der beiden Fraktionen und die gemeinsame Bewegung bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Der zweite Abschnitt erzählt die Geschichte der Partei unter dem Sozialistengesetz. Der dritte Abschnitt zeigt die neuesten Entwicklungen unter gemeinem Rechte in einem summarischen Überblick zusammen. Das komplette Werk wird ca. 36 Lieferungen à 20 S. umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist. — Alle Buchhandlungen und Kolportage nehmen Bestellungen entgegen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Mt- und Reingersdorf.** Sonnabend, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Felsenmühle“.
- Apolda.** Sonnabend, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr.
- Berlin.** Vertrauensmännertagung für den Süden: Mittwoch, 20. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Kienitzberg, Dromenstr. 180. — Die Bezirksversammlung für den Osten fällt in diesem Monat aus.
- Bochum.** Sonnabend, 23. Okt., Abds. 9 Uhr, bei Halberstadt, Vortrag.
- Bodenhausen.** (Beide Sektionen.) Sonnabend, 16. Okt., Abds. 9 Uhr, im „Adler“.
- Frank.** Sonnabend, 16. Okt., im „Bergrünen Hof“, Theaterstr. 15. Abrechnung vom 3. Quartal. Agitation.
- Greinerhagen.** Sonnabend, 23. Okt., Abds. halb 9 Uhr.
- Haldersdorf.** Sonnabend, 16. Okt., Abds. 8 Uhr, bei Ehlers, Neu-Haldersdorf.
- Koburg.** Sonnabend, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Kriegshalle“. Statistische Aufnahme über die Lebensverhältnisse der hiesigen Metallarbeiter. Regelung des Einflusses der Beiträge.
- Leibniz.** Sonnabend, 16. Okt.
- Grünau.** Sonnabend, 16. Okt., bei Emil Godel, Gohlzerberg. Abrechnung vom Vergangenen. Zeitschriftportage.

- Leipzig.** Sonnabend, 23. Okt., bei Ellenberg. Hirsch-Dumreicher-Gewerksvereine und Deutscher Metallarbeiterverband. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
- Quisburg.** Samstag, 23. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Köpper, Klosterstr. 11.
- Rußeldorf.** (Allg.) Samstag, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Schwarz, Schützenstr. Quartalsabrechnung. Abrechnung über die Listen für Danemarsk. Bezirksassistentenwesen.
- Rußeldorf.** (Sektion der Dreher.) Samstag, 16. Okt., Abds. 9 Uhr, bei Kreuzer, Zimmermannstr.
- Sommendingen.** Sonntag, 17. Okt., Nachm. 2 Uhr, in der „Bienenbräuererei“, Karl Friedrichstr.
- Frankfurt a. M.** (Allg.) Samstag, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Grünen Wald“. Abrechnung vom 3. Quartal. Bericht des Delegirten im Ausschuß für Volksvorlesung. Stellungnahme zu dem Volksbildungskursus derselben Gesellschaft. Bericht der Agitationskommission. event. Neuwahl derselben.
- Freising.** Sonntag, 24. Okt., Vorm. 10 Uhr.
- Gustavsburg-Rohrheim.** Samstag, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Kollege Steig. Vortrag über die englischen Trades-Unions und ihre Beziehungen zur modernen Arbeiterbewegung. Beschluffassung über die Anträge Würth und Kothke betr. energische Betreibung der Agitation in den umliegenden Ortshäusern. Warum haben die Kollegen von Hesse, Hesse Kassau und Frankfurt keine Kreisversammlung?
- Güstrow.** Sonnabend, 23. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Wieje. Abrechnung vom 3. Quartal. Bericht der Delegirten vom Kartell und des Vergnügungskomitees.
- Halberstadt.** Sonnabend, 16. Oktober.
- Halle a. S.** (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Faulmann, Gartenstr. 7. — Dasselbe befindet sich unter Arbeitsnachweis.
- Hamburg.** (Sektion der Klempner u. v. S.) Am 20. Okt., Abds. präzis 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35.
- Hannover.** (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 23. Oktober, Abds. halb 9 Uhr, bei Wendling's Nachfolger, Langestr. 2. Vortrag.
- Hannover.** (Allg.) Sonnabend, 23. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im kleinen Saale des „Ballhof“. Vortrag des Reichstagsabgeordneten H. Meißner. Abrechnung vom 3. Quartal.
- Hannover.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 16. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Kutzke.
- Hals b. Köln.** Sonnabend, 16. Sept., Abds. 9 Uhr, bei Wwe. Hefteshofen, Hauptstr. 152. Abrechnung. Vortrag. Wahl der Beitragsammler. — Alle 14 Tage Versammlung daselbst.
- Harlsruhe.** (Allg.) Wegen des Stiftungsfestes der Glafer am Sonntag, 17. Okt., Vorm. 10 Uhr, bei Kalubach.
- Harlsruhe.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Eide“, Angerkantstr.
- Helm.** (Sektion der Klempner.) Jeden Mittwoch, Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Schneider, Waidmarkt 27, 1.
- Himbach i. S.** Jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat im „Johannesbad“.
- Hüben.** (Sektion der Klempner.) Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Beck, Ledersr. 3.
- Hüdenscheid.** Jeden ersten Samstag nach dem 1. und 15. im Monat, Abds. halb 9 Uhr, im Restaurant Wilhelm Hof, Wilhelmstr. 1.
- Hainz.** Samstag, 24. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Ranze“, Pfaffenstraße. Quartalsabrechnung. Genossenschaftswesen.
- Herzberg.** Sonnabend, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Saalehölzchen“.
- Hünstein.** (Sektion der Formner.) Sonntag, 17. Okt., Vorm. 10 Uhr, im Restaurant „St. Peter“. Vortrag.
- Hünstein.** (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 23. Okt., im „Ober-Ost“, Sendlingerstr. Vortrag.
- Hannsbürg a. S.** Sonnabend, 20. Okt., im „Schwarzen Adler“. Vortrag des Kollegen Müller. — Die Versammlungen finden regelmäßig jeden 2. und letzten Sonnabend im Monat statt.
- Hünzburg.** (Sektion der Hochzieher, Gürtler und Metallarbeiter.) Samstag, 30. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im Café Merz, Vortrag.
- Hünzburg.** (Sektion der Schmiede u. v. S.) Samstag, 23. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Kammerthal“.
- Hofheim.** Samstag, 16. Okt., Abds. 8 Uhr, in der Zentralherberge (Höfen). Abrechnung.
- H. Hof.** Sonnabend, 23. Okt., in der „Warnowhalle“.
- Schweinfurt.** Samstag, 23. Okt., Abds. 8 Uhr, im „Löwen“ (am Markt). Neuwahl der Ortsverwaltung. Wahl der Bezirksassistenten.
- Spreenberg.** Sonnabend, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr.
- Stettin.** (Zentrum.) Sonnabend, 16. Okt., Abends 8 Uhr, bei Buchow, Rosengarten 6, 1. Vortrag des Kollegen Hochstadt-Berlin: Arbeitslohn und Kapitalerwerbungen. Der Bericht hiesiger Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
- Stettin.** (Allg.) Sonntag, 16. Okt., Abds. 8 Uhr, im „Hirsch“, Vortrag. Abrechnung.
- Wetzlar.** Samstag, 16. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Wwe. Körschmidt. Abrechnung vom 3. Quartal. Vortrag des Genossen Binde über: Die Ueberwälterung Europas.
- Wetzlar.** Der Klempner Robert Zeißig wird erjudt, seinen Verpflichtungen gegen den Kassier W. Jurisch nachzukommen.
- Worms.** Sonntag, 17. Okt., Abds. 7 Uhr, gefellige Zusammenkunft bei Kollege R. Becker, Griesheimerweg 11.
- Wetzlar.** Sonntag, 17. Okt., Nachm. 4 Uhr, bei G. Tiede. Kreis-Konzert und Ball.
- Wetzlar.** (Allg.) Beiträge werden entgegengenommen bei: Wwe. Bierbach, Kaiserstr. 49; Heftschon, Marktstr. 51; Sauter, Ratingenstr. 54. jeden Sonntag Mittags von 11—1 Uhr, jeden Abend von 8—9 Uhr bei Heftschon, zu jeder Tageszeit bei Kollege Spiegel, Friedrichstr. 56, 1. — Offene Stellen sind sofort an Kollege Christian, Kronprinzenstr. 2, 11 zu melden.
- Worms.** Unter Vereinslokal befindet sich jetzt in der „Wormsbauer“ (Zimmer), Karl Friedrichstr.
- Wetzlar.** Sonntag, 24. Okt., Abds. 7 Uhr, im „Adler“, Stiftungsfest-Konzert, kein Vortrag, Ball.

- Hamburg.** (Sektion der Schlosser, Dreher u.) Der neugewählte Kassier H. Kraatz wohnt 1. Marienstr. 20, 17. — Die Bibliothek der Sektion ist geöffnet Montag und Freitag, Abends von 8—9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt.
 - Hals b. Köln.** Unser Vertreterslokal befindet sich jetzt Hauptstr. 152, bei Wwe. Hefteshofen.
 - Harlsruhe.** (Allg.) Die Vergütungskommission vom Stiftungsfest wird ersucht, am Sonntag, 17. Okt., Vorm. 9 Uhr, bei Kalubach zur Abrechnung zu erscheinen.
 - Harlsruhe-Mühlberg.** Samstag, 16. Okt., Abds. 8 Uhr, im „Nitter“ Stiftungsfest, bestehend in gemüthlicher Unterhaltung und Tanz. Eintritt 20 S.
 - Helm.** (Sektion der Klempner.) Wir ersuchen um die Adresse des Klempners Paul Spieth aus Barmen, Buch Str. 180 176, der das Buch „Der Bauernkrieg“ aus unserer Bibliothek in Händen hat. — Auch um die Adresse des Installateurs Franz Ulrich, eingetr. zu Hanau am 26. Juni 1897, ersuchen wir.
 - Hünzburg i. Fr.** Die Mitglieder des D. M. V.: Maschinenbauer Rud. Becker, Klempner Max Bilschke, Klempner Rud. Häfel, Dreher Heinrich Herrmann, werden ersucht, die der Bibliothek entnommenen Bücher an unseren Bibliothekar Schlosser Friedrich Pöerliche, Neurogärtner Kirchberg 1, 11, umgehend einzusenden. Die Ortserhaltungen werden ersucht, die Betreffenden hierauf aufmerksam zu machen.
 - Hünzburg.** Die Adresse des Kassiers ist: H. Duschardt, Mombachstr. 35, 1/20 p.
 - Hünzburg.** (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Wir ersuchen um die Adressen der Kollegen Kummer und Unger (vermutlich in der Schweiz).
 - Hünzburg.** (Sektion der Schmiede u. v. S.) Der Arbeitsnachweis der Sektion der Schmiede befindet sich in der Wirtschaft zum „Kammerthal“, Schildgasse 4. Derselbe ist geöffnet täglich von Abends 7—9 Uhr.
 - Spreenberg.** Bevollmächtigter: Max Rudolph, Färbergasse 2; Kassier: W. Manns, Schlauerstraße.
 - Wetzlar.** Sonntag, 24. Okt., Nachm. 4 Uhr, im Saale des Herrn G. Sommer Stiftungsfest mit Konzert unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Freie Biederhalle“ sowie der Konzertsängerin Frau Groß-Elberfeld. Mitglieder 30 S., Nichtmitglieder 50 S.
 - Wetzlar.** Arbeitsnachweis der Feilenhauer bei Kollege Wihl, Anauer. Reisegeld 50 S. Anschauen vorbehalten.
 - Wetzlar.** Die Wohnung des Bevollmächtigten Rob. Müller befindet sich jetzt Duerstr. 26, 11; daselbst wird auch das Reisegeld ausbezahlt.
 - Zwickau.** Der Bevollmächtigte ist jeden Sonnabend Abends von halb 9 Uhr im Restaurant „Belvedere“ Thalstr., anwesend, um Beiträge entgegenzunehmen. — Die Reiseunterstützung wird Hermannstr. 20, Abends von halb 7—8 Uhr und Sonntag von 11—1 Uhr ausbezahlt, und nicht Abends von 8—9 Uhr, wie fälschlicherweise im Uebersetzungsbericht steht. — Ebenso können die Zeitungen schon Freitag Abends in der Wohnung abgeholt werden.
- Freie Presse.**
- Hünzburg i. Fr.** (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, den 23. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Mühlenterrasse“.
- Gestorben.**
- Am 2. Oktober in Reichenbach i. S. der Former Umarbus Pinkwart im 33. Lebensjahre an Typhus. — In Ehemüß der Nadelmacher Theod. Merker, 23 Jahre alt, an Lungenschwindsucht. — Am 5. Oktober in Frankfurt an der Formner Karl Schanz aus Lobenheim, 22 Jahre alt.
- Öffentliche Versammlungen.**
- Hernscheidtstr. 17.** Sonntag, 17. Okt., Nachm. 5 Uhr, bei Aug. Wuppermann, Volksversammlung. Die Aussperrung der Metallarbeiter.
 - Hünzburg.** Montag, 18. Okt., Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung in „Stadt Wien“. Die diesjährigen Delegirtenwahlen zur Ortskrankenkasse. Referent: Kollege Becker. Der Streik der englischen Maschinenbauer.
- Privat-Anzeigen.**
- Ich ersuche um die Adresse des Schlossers August Dimpfel aus Durlach in Baden, zuletzt in Mannheim bei Firma Lang.
- Franz Fühler, Gröbningen b. Durlach.
- 341] Der Klempner Friedr. Fäßner aus Naumburg a. S. wird von seinen Eltern um schleunigste Angabe seiner Adresse ersucht. [342
- Suche einen Kollegen (tüchtigen Schlosser), welcher in Gasbeleuchtungswerken erfahren ist, mit etwas Vermögen zu einem neuen Unternehmen. Adressen an den Bevollmächtigten des D. M. V., Richard Höhle, Dresden-Neustadt, Dichtstr. 3, 11. [333
- Zwei sehr tüchtige Feilenhauer auf kleine Feilen bis 10 Zoll von einer der bedeutendsten Feilenfabriken Süddeutschlands per sofort gesucht.**
- Schriftliche Offerten sub. N. 2301 an **Maassenstein & Vogler A. G.**, Straßburg i. El. [340
- Meinere im Werkzeugmaschinenbau selbstständig arbeitende**
- Kontakre, Abtheilungsführer,** werden gesucht. — Generade, angeordnete Yickung. **Guter Verdienst.** [338
- Maschinenfabrik **Lorenz, Ettlingen** (Baden).